

1. Sitzung

Dienstag, 28. Januar 2003, 8.30 Uhr
im Kantonsratssaal

Vorsitz: Edith Hänggi, Präsidentin
Protokollführung: Fritz Brechbühl, Ratssekretär
Redaktion: Monika Hager, Bern

Anwesend sind 136 Mitglieder. Abwesend mit Entschuldigung: Urs Grütter, Hans Leuenberger, Walter Mathys, Andreas Schibli, Rolf Späti, Wolfgang von Arx, Urs Weder, Caroline Wernli Amoser. (8)

DG 1/2003

Eröffnungsansprache der Kantonsratspräsidentin

Edith Hänggi, CVP, Präsidentin. Ich eröffne die erste Session des Jahrs 2003. Wie das in der Politik üblich ist, bin ich mit den Glückwünschen für dieses Jahr etwas verspätet. Ich wünsche euch, dass ihr im Jahr 2003 noch viele erfreuliche Tage erleben könnt. Uns allen wünsche ich für heute und morgen eine gute Zusammenarbeit.

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr verehrter Herr Landammann, geschätzte Frau Regierungsrätin, Herren Regierungsräte, sehr geschätzte Herren Konrad Schwaller und Fritz Brechbühl, sehr verehrte Besucher auf der Tribüne, geschätzte Presseleute. Mit einer grandiosen Wahl zur Kantonsratspräsidentin habt ihr mir am 11. Dezember des letzten Jahres grosses Vertrauen entgegengebracht. Dafür danke ich euch recht herzlich. Für mich war diese Wahl nicht nur eine grosse Ehre und eine Genugtuung, sondern der Beweis, dass wir Thiersteiner, wir Schwarzbuben aus dem unteren und oberen Kantonsteil akzeptiert sind und dazugehören. Mit Stolz nehme ich die Herausforderung an und freue mich darauf, diesen Rat während eines Jahres präsidieren zu dürfen. Für eure kollegiale Unterstützung danke ich im Voraus. Ich bitte euch um Nachsicht, wenn etwas einmal nicht nach Wunsch verlaufen sollte.

Mit einem Telefon um Mitternacht zum Jahreswechsel hat mir Ruedi Burri dieses Amt offiziell übergeben. Ich danke ihm herzlich für seinen Einsatz im letzten Jahr. Er hat es ausgezeichnet verstanden, die Sitzungen straff zu leiten und Prioritäten zu setzen. Auch in turbulenten Situationen hat er eine Ruhe und Gelassenheit bewahrt, die ich mir für meine Sitzungsleitung nur wünschen, niemals aber garantieren kann. Ruedi, ich danke dir, dass du vom Mineralwasser nur sehr wenig Gebrauch gemacht und deinen Platz während keiner Session auch nur für fünf Minuten verlassen hast. Ich wünsche dir, dass du in diesem Jahr wieder ab und zu Zeit hast, nichts zu tun.

Ich gratuliere Christian Wanner herzlich zu seiner Wahl zum Landammann 2003. Im Namen des Kantonsrats haben wir ihn heute mit einem Blumenstrauss empfangen. Wir wünschen ihm viel Erfreuliches, Erfolg und gute Begegnungen in seinem Amt. Dem Vize-Landammann Thomas Wallner gratuliere ich ebenso herzlich. Ich wünsche ihm, dass er später von seinem letzten Amtsjahr sagen kann, es sei sein schönstes und bestes Jahr als Regierungsrat gewesen. Ich begrüsse auch unsere beiden Redaktorinnen herzlich. Heute ist Frau Lutz anwesend; Frau Hager beehrt uns heute nicht mit ihrer Anwesenheit. Ich bitte Frau Lutz, auch ihr die Grüsse zu überbringen. Selbstverständlich begrüsse ich speziell Ueli Lisser

und Heinz Amacher. Auch ich bin heute Morgen mit einem Blumenstrauss empfangen worden. Dafür danke ich der Regierung recht herzlich. Das wird mich motivieren, ihr immer das letzte Wort zu erteilen. Zudem habe ich Süssigkeiten erhalten, damit die ganze Sache nicht so trocken abgehalten werden muss. Ich danke herzlich für diese Geschenke.

Auch dieses Jahr ist unser Parlament dem Schutz der Kantonspolizei anvertraut. Das Büro hat beschlossen, die Bewachung des Vorder- und des Besuchereingangs für ein weiteres Jahr beizubehalten. Wir hoffen, mit diesen Massnahmen die Sicherheit zu gewährleisten, ohne die Freiheit des Parlaments und der Besucher zu stark einzuschränken. Um die Arbeit der Polizei zu erleichtern, bitte ich euch, die Namensschilder weiterhin gut sichtbar zu befestigen.

Genau 50 Jahre ist es her, seit zum letzten Mal ein Thiersteiner auf diesem Sessel Platz nehmen durfte. In seiner Eröffnungsansprache vom 27. Januar 1953 wünschte sich Pius Stebler aus Nunnigen in seinem Präsidialjahr die längst fällige Behandlung der Spitalbauvorlage «als opferfreudige Tat im Dienst der Kranken zu verwirklichen». Dank der grosszügigen finanziellen Unterstützung der Isola-Werke in Breitenbach für das Spital seien wir Thiersteiner nicht auf diese Vorlage angewiesen, führt er weiter aus. Er dankte dem Verwaltungsrat dieser Firma für seine Grosszügigkeit. Für den Bezirk Thierstein habe die Isola wirtschaftlich gesehen dieselbe Bedeutung wie die Metallwerk AG für das Dorneck, die Uhrenindustrie für den Leberberg, die Schuhindustrie für das Niederamt und die von Roll für den ganzen Kanton. Heute, 50 Jahre später, ist nichts mehr wie es einmal war. Die Geschichte lehrt uns, dass Veränderungen unabdingbar sind. Jede Veränderung aber löst Angst aus – Angst vor dem Risiko. Nach dem Verschwinden all dieser bedeutender Firmennamen hat es die Solothurner Wirtschaft in den meisten Fällen verstanden, aus Verlusten und Risiken Chancen wachsen zu lassen und sich neuem zuzuwenden. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit hat mit grossen Anstrengungen in den schlimmsten Krisenzeiten mitgeholfen, die Arbeitslosigkeit für die Betroffenen erträglich zu machen. Durch neue Rahmenbedingungen hat es erreicht, dass die Arbeitslosenzahlen nicht überdurchschnittlich angestiegen sind. Dem Amt für Wirtschaft und Arbeit soll an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön ausgesprochen werden. Das Festhalten an alten Strukturen aus purer Angst vor Veränderungen ist in der Politik genauso wenig erträglich wie in der Wirtschaft. In der Politik greifen die Veränderungen viel langsamer und in kleineren Schritten, beinahe unmerklich. Dies hat den Vorteil, dass jederzeit neue Erkenntnisse eingeflochten und eventuelle Fehlentscheide korrigiert werden können.

Als ich zwischen Weihnachten und Neujahr auf dem Internet die Homepage der kantonalen Verwaltung wählte, konnte ich vom Weissenstein aus eine wunderschöne, grenzenlose Weitsicht auf die gesamte Alpenkette geniessen. Der Kanton Solothurn hielt sich zum grössten Teil mit Nebel bedeckt. Nicht einmal die Spitze des St. Ursenturms schaute hervor. Ich habe mich gefragt, ob dieses Bild für die eigene Wahrnehmung unseres Kantons steht. Dies etwa so wie ein kleines Kind, welches glaubt, man sehe es nicht, wenn es seine Augen mit beiden Händen verdeckt. Wir Solothurner Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben keinen Grund, uns zu verstecken oder verdeckt zu halten. Wir müssen uns bewusst machen und vor allem auch selbst daran glauben, dass wir von den übrigen Kantonen wahr- und wichtig genommen werden. Wir müssen die Qualitäten und Vorteile – das Positive unseres Kantons – immer wieder betonen und uns gegen das Image des armen Kantons wehren. Als Kanton der Regionen müssen wir vermehrt über die Kantongrenzen hinaus bestehende Beziehungen festigen, neue Verbindungen schaffen und Synergien nutzen. Wir müssen Grenzen abbauen, nicht verschieben und damit neue Grenzen schaffen. Ich wünsche mir für dieses Jahr Anstrengungen in diese Richtung. Das wäre ein Schritt vorwärts, ein Schritt aus dem Nebel auf den Weissenstein, von wo aus wir einerseits mit Weitsicht über die Kantongrenze hinaus zuversichtlich in die politische Zukunft blicken und andererseits gesehen und wahrgenommen werden können.

Von diesem Stuhl aus bietet sich mir eine völlig neue Perspektive. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die letztes Jahr zu meiner Rechten sass, sind nun in der Mitte. Diejenigen, die aus meiner Sicht bisher in der Mitte sass, sind dieses Jahr die Linken. Aus der heutigen Sicht habe ich bis jetzt zu den Rechten gehört. Je nach Blickwinkel ist die Betrachtungsweise neu und anders. Das gilt es zu bedenken, wenn im Verlauf meines Präsidialjahres harte Auseinandersetzungen im Ratssaal nicht zu umgehen sind. Die verschiedenen Perspektiven machen es so schwer, bei Sachfragen und Problemen den Weg zu einer Einigung zu finden. Ich bin stolz darauf, behaupten zu dürfen, dass – seit ich das Geschehen im Kanton mitbestimmen darf – wir uns als Volksvertreter in diesem Ratssaal immer darum bemüht haben, diejenigen Entscheidungen zu treffen, von welchen wir geglaubt haben, sie seien für die Solothurnerinnen und Solothurner die besten. Dies obwohl uns die auferlegten Sparvorgaben keinen grossen Spielraum gelassen haben. Diese Politik verlangte allen immer wieder Verzicht und Kompromissbereitschaft ab. Es wäre schön, wenn auch in unserem Kanton wieder eine Politik möglich wäre, welche für gute und innovative Ideen Platz hat, auch wenn diese etwas kosten.

Sehr wichtig ist mir eine gute Zusammenarbeit; das heisst ein gutes Einvernehmen zwischen Kantons- und Regierungsräten. Nur wenn wir am selben Strick ziehen, wird es uns gelingen, im Interesse unseres

Kantons das Wünschbare vom Finanzierbaren und das Notwendige vom weniger Wichtigen zu unterscheiden, um schlussendlich das Solothurner Volk davon zu überzeugen, dass wir in bestimmten Sachfragen einen eher unpopulären Weg wählen müssen.

In meinem Präsidialjahr wird es mir nicht am wichtigsten sein, die Traktandenliste möglichst rasch abzuhandeln. Ich lege Wert darauf, dass jedem Geschäft, auch den persönlichen Vorstössen, die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. In den vergangenen Jahren konnte ich immer wieder beobachten, dass sich die Bankreihen gelichtet haben, wenn die persönlichen Vorstösse diskutiert wurden. Bedenken wir, dass ein Vorstoss ein erster Schritt für eine wichtige Veränderung sein kann. Schlussendlich wird jede Lawine durch eine erste Schneeflocke ausgelöst. Es dauert genau zwei Minuten, bis der Sand durch die Sanduhr gerieselst ist. Die zerbrechliche Sanduhr soll euch Kantonsräte symbolisch daran erinnern, wie wertvoll die Zeit ist, welche euch als Sprechzeit zur Verfügung steht, wie unaufhaltsam die Zeit ist und wie schade es ist, leere Worte zu verlieren. Auch mit wenigen Worten kann bekanntlich viel gesagt werden. Ich bitte euch, dieser Sanduhr die nötige Aufmerksamkeit zu schenken und die Redezeiten zu respektieren. Was nützen alle guten Worte, wenn keiner zuhört? Auch in diesem Jahr möchte ich Ihnen beliebt machen, dass eine oder einer spricht und alle andern zuhören. Sollten einmal alle sprechen und niemand zuhören, werde ich mir erlauben, die Glocke zu betätigen.

Zum Schluss möchte ich der Staatskanzlei und dem Ratssekretariat ein Kränzchen winden. In der Vergangenheit habe ich die von ihnen abgefassten Schriften kritisch nach Fremdwörtern untersucht. Ich konnte feststellen, dass solche – wenn überhaupt – nur in Ausnahmefällen verwendet werden. Unsere deutsche Sprache und die vielseitige Mundart sind in meinen Augen schützenswert und wertvoll. Es kostet nichts, sie zu pflegen. Die Bildungsdirektorin wird mit mir einig gehen, dass es nichts mit Frühenglisch zu tun hat, wenn ich im Dorfladen vergeblich nach der Milch suche und gegen meinen Willen «Milk» oder «Power Milk» kaufen muss. Im Warenhaus gehe ich in die Abteilung für «Kids» und kaufe Kleider für «Boys» und «Girls». Wir kommunizieren, generieren, fokussieren und haben ständig etwas in der Pipeline. Leben wir in diesem Ratssaal ein Stück Kultur und gehen wir sparsam mit Fremdwörtern um.

Zusammen mit euch möchte ich das Präsidialjahr mit der heutigen ersten Session in Angriff nehmen. Ich wünsche uns allen Mut zum Risiko. Ich wünsche uns, dass wir auch in diesem Wahljahr die Probleme unter Berücksichtigung verschiedener Perspektiven anpacken und nach Lösungen suchen, bei welchen weniger die Eigeninteressen, sondern vielmehr das Wohl des Solothurner Volks im Vordergrund stehen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit (*anhaltender Beifall*).

Ich grüsse auf der Tribüne alt Kantonsratspräsident Bernhard Stöckli.

DG 2/2003

Mitteilungen der Kantonsratspräsidentin

Edith Hänggi, CVP, Präsidentin. Kantonsrat Kurt Fluri ist zu militärischen Ehren gekommen. Er wurde zum Oberstleutnant befördert worden und übernimmt damit die Verantwortung des Gerichtspräsidenten in der Militärjustiz. Wir gratulieren ihm und wünschen ihm Erfüllung und Genugtuung in seinem neuen Rang. Am 8. Januar wurde im Landhaus in Solothurn der Solothurner Unternehmerpreis vergeben. Ausgezeichnet wurde die Firma Oetterli Kaffee aus Solothurn für ihren langjährigen, innovativen Familienbetrieb. Für eine vorbildliche Geschäftstätigkeit wurde ebenfalls die Firma Wernli mit Sitz in Trimbach geehrt. Im Namen des Kantonsrats gratuliere ich den Preisträgern und wünsche ihnen weiterhin viel Erfolg. Anlässlich des Young Portrait Award 2002 in Willingen (Deutschland) – es handelt sich um einen internationalen Fotowettbewerb – hat der Fotograf André Scheidegger aus Luterbach für seine Fotos zum Thema Körperkultur den ersten Preis gewonnen. Diese Auszeichnung wurde zum ersten Mal überhaupt in die Schweiz vergeben. Wir gratulieren dem 22-jährigen Künstler herzlich und wünschen ihm noch mehr solche Erfolgserlebnisse. Heute Morgen erhielt die Staatskanzlei einen grossen Korb. Darin befanden sich 14'000 Unterschriften für die Erhaltung des Spitals Grenchen. Diese Petition wird weiter bearbeitet; sie wird ihre Beachtung finden.

Es werden gemeinsam behandelt:

V 159/2002

Vereidigung von Andreas Riss, CVP, als Mitglied des Kantonsrats

(als Nachfolger von Bernhard Stöckli)

V 218/2002

Vereidigung von Beat Schmied, FdP, als Mitglied des Kantonsrats

(als Nachfolger von Kurt Spichiger)

V 219/2002

Vereidigung von Clemens Ackermann, SP, als Mitglied des Kantonsrats

(als Nachfolger von Max Rötheli)

Andreas Riss, Beat Schmied und Clemens Ackermann legen das Gelübde ab (*Beifall*).

I 126/2002

Interpellation Michael Vökt, SVP: Beschaffung neuer technischer Systeme für die kantonale Verwaltung

(Wortlaut der am 28. August 2002 eingereichten Interpellation siehe «Verhandlungen» 2002, S. 407)

Die schriftliche Stellungnahme des Regierungsrats vom 10. September 2002 lautet:

1. *Vorbemerkung:* Im Informatikbereich ist es wichtig, dass aus einer Vielzahl von Hardware- und Software-Produkten gezielt jene ausgesucht werden, die ein möglichst breites Spektrum der Einsatzmöglichkeiten abzudecken vermögen. Die Auswahl ist möglichst gering zu halten, da die Wartungs- und Unterhaltskosten im Verhältnis zur Anzahl der verschiedenen eingesetzten Produkte überproportional steigen.

2. *Frage 1:* Durch die Minimierung der Zahl der eingesetzten Produkte werden einerseits Wartungs- und Unterhaltskosten eingespart und andererseits können garantierte Reparatur-Zeiten eingehalten werden, da bei dieser geringen Anzahl verschiedener Gerätetypen Ersatzgeräte gehalten werden können.

3. *Frage 2:* Beim Kauf von Standardgeräten steht bei vergleichbarer Funktionalität und Qualität der verschiedenen Produkte der Preis an erster Stelle. Bei jedem Kauf sind aber die Qualität und die Funktionalität der Produkte von sehr grosser Bedeutung. Zusatzfunktionen, die funktionell nicht erforderlich sind, werden bei der Beurteilung der Produkte nicht berücksichtigt. Produkte, die sich im Einsatz während längerer Zeit bewährt haben, werden vorzugsweise wieder beschafft.

4. *Frage 3:* Die Kantone, der Bund und alle Gemeinden sind über die Schweizerische Informatikkonferenz (SIK) miteinander verbunden. Die SIK hat unter anderem eine Arbeitsgruppe, die sich ausschliesslich mit Vertragsverhandlungen mit den Lieferanten beschäftigt. Dabei ist es das Ziel, für alle in der SIK angeschlossenen Mitglieder auf Grund des Gesamtvolumens aller Mitglieder möglichst gute Konditionen zu erreichen. Diese Konditionen können bis zu 50% des normalen Verkaufspreises ausmachen. Bei sehr grossen einmaligen Einkaufsmengen (>1000 Geräte) ist es je nach Lieferant denkbar, dass noch 1-2% Projektrabatte erzielt werden können. Dies trifft meist nur bei Projekten des Bundes oder des Kantons Zürich und Bern zu. Wir verfolgen grundsätzlich die Strategie, die Geräte so lange wie möglich (ca. 4 – 8 Jahre) im Einsatz zu halten, sofern Funktionalität und Qualität noch gegeben sind. Erst wenn sie defekt sind und eine Reparatur zu teuer zu stehen kommt oder wenn die erforderliche Funktionalität nicht mehr vorhanden ist, werden sie schrittweise ersetzt.

5. *Frage 4:* Durch den Einsatz von Standard-Produkten versuchen wir, produkt- und lieferantenspezifische Abhängigkeiten möglichst zu vermeiden, damit bei einem Wechsel auf ein anderes Hardware-Produkt nicht teure Software-Anpassungen und -Erweiterungen notwendig werden.

6. *Frage 5:* Auf Grund der sehr breit gefächerten Branchen Anwendungen und der unterschiedlichen Erfordernisse gibt es verschiedene Bereiche, bei denen ein System- bzw. Produktwechsel innerhalb kurzer Zeit (1-2 Jahre) relativ grosse Aufwendungen (finanziell und Know How-mässig) auslösen würde und nicht finanzierbar wäre: z.B: Telefonanlagen, Voice-Server (Anrufbeantworter) in den Spitälern und der Verwaltung sowie Überwachungs- und Alarmierungssysteme. Aus diesem Grund wird in solchen Bereichen eine Langfrist-Strategie erarbeitet und über mehrere Jahre umgesetzt.

In einzelnen Spezialgebieten, wie der Ausweiserstellung (neuer Pass ab 2003, neuer Führerausweis ab 2003), die spezielle Druckgeräte erfordern (diese Geräte werden speziell im Rahmen dieser Projekte

evaluiert, durch die Lieferfirma angepasst und einheitlich bei allen Kantonen und dem Bund eingesetzt.), ist ein Wechsel undenkbar.

Christine Haenggi, CVP. Die CVP-Fraktion teilt die Meinung des Regierungsrats, wonach die Auswahl von Hard- und Softwareprodukten unter Berücksichtigung eines breiten Spektrums von Einsatzmöglichkeiten gezielt erfolgen muss. Ebenso ist die Produktauswahl im Hinblick auf die Wartungs- und Unterhaltskosten möglichst gering zu halten. In der nachfolgenden Vorlage wird aufgezeigt, dass sich die Lagerhaltung der erforderlichen Ersatzteile und Telefonapparate durch die Vereinheitlichung der Telefonesysteme reduziert. Bei der Ausbildung der Benutzer kann eine einheitliche Bedienung durchgesetzt werden. Dadurch werden Ausbildungsstunden eingespart. Durch die langjährige Zusammenarbeit mit Systemlieferanten können gute Konditionen bei Neubeschaffungen und Dienstleistungen erwartet werden. Der Hinweis auf die Vorlage Informatikinfrastrukturausbau 2003 zeigt, dass das AIO unter Kurt Bader die Investitionen effizient und kostenbewusst plant. Die CVP-Fraktion steht im Übrigen hinter der Beschaffungspolitik und ist somit von der Antwort des Regierungsrats befriedigt.

Peter Brügger, FdP. Die FdP/JL-Fraktion ist der Meinung, die Fragen des Interpellanten würden auf einen Aufgabenbereich hinzielen, der klar in der Kompetenz der Regierung liegt. Wenn eine Firma oder ein Gemeinwesen Dinge beschafft oder sich für eine Produktlinie entscheidet, so ist das klar eine Aufgabe der operativen Führung und nicht – in unserem Fall – des Kantonsrats. Die Antwort des Regierungsrats zeigt, dass die Entscheide überlegt gefällt werden. Wir sind überzeugt, dass die Entscheide nicht besser würden, wenn sie in diesem Saal gefällt würden. Vielmehr bestünde das Risiko, dass der Entscheid eher politisch als sachlich motiviert wäre. Um allen gerecht zu werden, müsste man eine ausgewogene Zahl von roten, gelben, grünen, schwarzen und anderen Telefonen beschaffen. Beim folgenden Geschäft, der Beschaffung von Cordlessanlagen, ginge es dann nicht um schnurlose Telefone, sondern um riesige Seilschaften im Beschaffungswesen. Das kann nicht der Sinn sein. Es ist auch nicht unsere Aufgabe, die marktwirtschaftliche Entscheidung und die Konkurrenz in diesen Rat hineinzutragen. Daher ist die FdP/JL-Fraktion der Meinung, das Parlament solle bei seinen Aufgaben bleiben, und die Regierung solle ihre operativen Aufgaben wahrnehmen. Wir sind von der Antwort der Regierung befriedigt.

Michael Vökt, SVP. Ich bin erstaunt, welche Reaktionen dieser Vorstoss ausgelöst hat, insbesondere seitens der FdP. Es war nie die Meinung, dass irgendetwas umgekrempelt werden sollte. Daher erstaunen mich die gefallen Aussagen. Ich danke der Regierung für die ausführliche Antwort, von welcher ich sehr befriedigt bin. Es bleibt anzumerken, dass wir unser Augenmerk auf die Zusatzarbeiten rund um diese Dinge richten müssen. Fraglich ist auch, ob man stur bei einem System bleiben sollte. Hat man ein System einmal angeschafft, ist die Meinung zu Recht, das man dabei bleibt – aber nicht um jeden Preis. Zu diesem Thema werden wir beim folgenden Geschäft noch einiges hören. Ich möchte zwei Zusatzfragen aus aktuellem Anlass stellen. Trifft es zu, dass man mit dem Umbau der Telefonanlagen auf der Installationsseite bereits begonnen hat? Warum hat man bei den Druckmaschinen für die neuen Führerausweise drei Maschinen angeschafft? Andere Kantone kommen mit einer Maschine aus.

Christian Wanner, Vorsteher des Finanzdepartementes. Die erste Frage habe ich verstanden, die zweite jedoch habe ich offenbar noch nicht ganz begriffen. Tatsächlich hat man beim Bürgerspital Solothurn mit der Installation begonnen. Dies ist vorab aus technischen Gründen so und wurde auch entsprechend kommuniziert. Bezüglich der zweiten Frage bin ich nicht im Bild; ich werde Ihnen die Antwort so rasch als möglich liefern.

SGB 153/2002

Bewilligung eines Verpflichtungskredits für die Beschaffung von Cordlessanlagen (Ersatz der Personensuchanlagen), die Neubeschaffung einer Telefonanlage sowie für die Ersatzbeschaffung von Telefonanlagen in diversen Spitälern

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 22. November 2002; der Beschlussesentwurf lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Abschnitt B Ziffer 2 der Spitalvorlage VI vom 23. Juni 1974, nach Kenntnissnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 22. November 2002 (RRB Nr. 2295), beschliesst:

1. Für die Beschaffung einer Cordless-Anlage für das Bürgerspital Solothurn wird zu Lasten des Spitalbaufonds ein Objektkredit von Fr. 1'500'000.– bewilligt.
 2. Für die Beschaffung einer Telefonanlage und einer Cordless-Anlage für die Höhenklinik Allerheiligenberg wird zu Lasten des Spitalbaufonds ein Objektkredit von Fr. 780'000.– bewilligt.
 3. Für die Beschaffung einer Telefonanlage für den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst wird zu Lasten des Spitalbaufonds ein Objektkredit von Fr. 580'000.– bewilligt.
 4. Für die Beschaffung einer Cordless-Anlage für das Kantonsspital Olten wird zu Lasten des Spitalbaufonds ein Objektkredit von Fr. 1'130'000.– bewilligt.
 5. Für die Beschaffung einer Telefonanlage für das Bezirksspital Breitenbach wird zu Lasten des Spitalbaufonds ein Objektkredit von Fr. 760'000.– bewilligt.
 6. Für die Beschaffung einer Cordless-Anlage für das Spital Dornach wird zu Lasten des Spitalbaufonds ein Objektkredit von Fr. 650'000.– bewilligt.
 7. Die jährlich anfallenden Kosten werden dem Globalbudget Investitionsrechnung Spitalbauten des Hochbauamtes belastet.
 8. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Änderungsantrag der Sozial- und Gesundheitskommission vom 9. Dezember 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrates.
- c) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 15. Januar 2003 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrates.

Eintretensfrage

Gabriele Plüss, FdP, Sprecherin der Sozial- und Gesundheitskommission. Wir steigen nun mit diesem Geschäft in den zweiten Akt. Ob es bei einem Zweiakter bleibt oder ob noch eine Fortsetzung hinzukommt, wird sich zeigen. Wenn man sich in den Fraktionen umhört und deren Berichterstattung liest, so kommt man zum Schluss, dass das Geschäft zumindest noch einige Diskussionen aufwerfen wird. Blenden wir kurz zurück. Beim ersten Anlauf wurde das Geschäft nach hitzigen Diskussionen im Kantonsrat vom Regierungsrat zur Überarbeitung zurückgezogen. Die Hauptkritik lautete, das Geschäft sei zu wenig ausführlich beschrieben worden. Die neue Vorlage ist nun wesentlich ausführlicher; sie entspricht den Anforderungen. Es geht erstens um die Beschaffung von Cordlessanlagen für die Spitäler Solothurn, Olten und Dornach, zweitens um die Beschaffung von Telefonanlagen für die Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie das Bezirksspital Breitenbach und drittens um die Beschaffung einer Telefon- und Cordlessanlage für die Klinik Allerheiligenberg. Die Kosten für die sechs Anlagen belaufen sich auf 5,4 Mio. Franken. Diese Investitionen sind gemäss Aussagen einerseits notwendig, weil gewisse Anlagen altershalber ersetzt werden müssen und andererseits, weil man sich insbesondere von den Cordlessanlagen in den beiden grossen Spitälern eine Effizienzsteigerung für das Personal erhofft. Dieser Punkt wurde in der Sozial- und Gesundheitskommission eingehend diskutiert. Auch für die Sachkommission ist es schwierig abzuschätzen, ob die bisher üblichen Piepser-Geräte wirklich einen so grossen Mehraufwand verursachen, dass sie unbedingt durch die wesentlich teureren Cordlessanlagen ersetzt werden müssen. Bis jetzt musste die gesuchte Person zum nächsten fest installierten Telefon gehen und von dort aus zurückrufen. Mit der Cordlessanlage trüge sie ein schnurloses Telefon – eine Art Handy – auf sich und könnte den Anruf direkt entgegennehmen. Die Arbeitsabläufe in den Spitälern sind auch für die Mitglieder der Sozial- und Gesundheitskommission zu wenig geläufig, um den Sachverhalt abschliessend zu beurteilen. Wir müssen uns auf die Aussagen der Fachleute verlassen. Dies ist aber ein wichtiger Punkt, macht doch die Preisdifferenz zwischen den modernen Cordlessanlagen und dem althergebrachten Piepser-System allein für die beiden grossen Spitäler Solothurn und Olten über 2 Mio. Franken an Mehrkosten aus.

Wir haben uns auch die Frage gestellt, ob man angesichts der Kurzlebigkeit solcher Anlagen – man spricht teilweise von sechs Jahren – jetzt noch günstigere Piepser-Systeme anschaffen könnte, um bei einem nächsten Wechsel auf die teureren Cordlessanlagen umzusteigen. Nach der Diskussion kam die Sozial- und Gesundheitskommission zum Schluss, dass die Wirtschaftlichkeit der modernen Anlagen gegeben ist. Wir haben uns von den Fachleuten überzeugen lassen und den Anträgen der Regierung zugestimmt.

In der ersten Beratung hat die Sozial- und Gesundheitskommission Vorbehalte gegenüber der neuen Telefonanlage für das Bezirksspital Breitenbach angemeldet. Dies hat denn auch in der Ratsdebatte für rauchende Köpfe gesorgt. Man hatte den Eindruck, es piepse nicht in allen Köpfen gleich. Unsere Bedenken gegenüber dem Projekt haben sich angesichts der Aussage in der Vorlage, das Projekt werde in Übereinstimmung mit der Spitalplanung zur Realisierung freigegeben, zerstreut. Trotzdem stimmt die Sozial- und Gesundheitskommission dem Antrag der Regierung nicht in allen Teilen zu. Wir verlangen, dass Ziffer 6 gestrichen wird. Darin geht es um eine Cordlessanlage für das Spital Dornach. Die dortige Personensuchanlage ist erst seit 1999 im Einsatz. Unserer Meinung nach muss die Anlage daher nicht bereits nächstes Jahr ersetzt werden. So steht denn auch im Bericht, die Anlage müsse nicht zwingend ersetzt werden. Auch hier wird die Wirtschaftlichkeit als Argument aufgeführt. Trotzdem möchte die Sozial- und Gesundheitskommission im Moment die alte Anlage beibehalten. Ein Ersatz sollte zu einem späteren Zeitpunkt ins Auge gefasst werden. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Antrag unter Streichung von Ziffer 6 zuzustimmen. So können Sicherheit und Wirtschaftlichkeit im Kommunikationsbereich für die Spitäler aufrechterhalten und auch für die Zukunft gewährleistet werden.

Beatrice Heim, SP. Die SP stimmt allen Krediten zu. Wir sind froh, dass die Überarbeitung der Vorlage viel zur Klärung beigetragen hat. Gute Entscheide verlangen eine gute Informationsbasis. Wir meinen, dieser Grundsatz sollte von nun an die Messlatte für alle Vorlagen sein. Die SP ist der Meinung, die neuen Anlagen seien sinnvoll. Der Bedarf nach Cordlessanlagen steht für uns ausser Zweifel. Landauf, landab werden heute Cordlessanlage installiert. Warum? Es geht um die Betriebssicherheit und die Effizienz der Arbeitsabläufe in den Spitälern. Das wichtigste ist die sichere und sofortige gegenseitige Erreichbarkeit rund um die Uhr auf dem gesamten Spitalareal, ohne dass man zu einem fest montierten Telefonanschluss «springen» muss. Im Notfall geht es um Menschenleben. Denken wir an den Spätdienst, bei welchem man personell verdünnt arbeitet. Das Hin- und Herlaufen vom Krankenbett zum fixen Telefon im Stationszimmer ist eine nervenaufreibende Geschichte. In prekären Situationen, wenn man als Pflegende allein ist, ist das sehr belastend. Dass Pflegende immer wieder weg ans Telefon rennen müssen, führt übrigens zu vielen Patientenreklamationen.

Aus unserer Sicht sind Cordlessanlagen kein Luxus, sondern schlicht Standard für einen rationellen Spitalbetrieb. Damit tun wir etwas für die Qualität der Gesundheitsversorgung in unseren Spitälern und für die Arbeitsplatzqualität des Pflegepersonals. Die neuen Anlagen sind eine Investition zugunsten von mehr Zeit für die Pflege am Patienten und an der Patientin. Man kann mehr Zeit für die Pflege anstatt für das Telefonieren einsetzen.

Die FdP will die alten Piepser umrüsten, anstatt neue Cordlessanlagen einzurichten. Dies wohlgermerkt in unseren Zentrumsspitalern. Beim Allerheiligenberg hingegen sagt man ja zu einer grossen Investition von 780'000 Franken. Dies ist für mich ein Widerspruch. Dieser Vorschlag wurde in der Sozial- und Gesundheitskommission überdeutlich abgelehnt. Aus der Sicht der SP wäre das kurzfristig gedacht und eine Fehlinvestition. Dem Personal und den Patienten wäre damit überhaupt nicht geholfen. Die Anlagen bleiben alt und anfällig. Der Unterhalt wird daher umso teurer werden, wenn er überhaupt noch garantiert ist. Für das Bürgerspital ist das nur noch bis zum September 2003 der Fall. Über kurz oder lang müssen die Anlagen doch ersetzt werden. Uns ist klar, dass 5,4 Mio. Franken eine schöne Stange Geld sind. Die Investitionen sind jedoch nach eineinhalb bis zwei Jahren amortisiert. Gabriele Plüss hat von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen gesprochen. Diese lenken uns ebenfalls. Wir sind der Meinung, die Investitionen seien nicht nur verantwortbar, sondern sogar lohnend.

Nun zu Dornach. Diese Anlage wäre nicht zwingend notwendig – so transparent ist die Vorlage. Die SP sagt auch zur Dornacher Anlage ja, und zwar aus zwei Gründen. Erstens ist es eine Rationalisierungsinvestition, die sich innert kurzer Zeit auszahlt. Zweitens muss die Investition in nächster Zeit ohnehin getätigt werden. Wir meinen, gerade in der heutigen Wirtschaftssituation – die Konjunktur lahmt und die Arbeitsplätze im Bereich der Kommunikationstechnologie sind gefährdet – sei die öffentliche Hand gefordert, sich antizyklisch zu verhalten. Sie soll Investitionen, die ohnehin anstehen, vorziehen. Wir befinden uns in der angenehmen Lage, dass wir dies sehr gut verantworten können. Denn das Vorziehen der Investitionen lohnt sich eben auch für den Kanton. Wie erwähnt zahlt sich die Investition bereits nach eineinhalb bis zwei Jahren aus. Als Parlament haben wir also doppelt Grund, auch der Dornacher Anlage zuzustimmen. Die SP bleibt bei ihrem Ja zur Vorlage und wird dem FdP-Antrag sicher nicht zustimmen.

Eine kritische Anmerkung noch zum Thema Vorinvestitionen. Für die Anlage im Bürgerspital wurden bereits Arbeiten im Wert von rund 400'000 Franken beschlossen und ausgeführt. Angenommen, das Parlament kommt jetzt zu einem anderen Schluss. Dann sind die 400'000 Franken verloren. Offenbar zeigt sich hier ein geheimer Wunsch nach einem neuen Verständnis der Gewaltentrennung. Die einen entscheiden, und die andern sollten nur noch nicken. Das kann nicht sein. Ich hoffe, das werde so nicht mehr vorkommen. Es ist beruhigend, dass die Regierung – wie es sich für eine umsichtige Regierung

gehört – diesbezüglich zur Einsicht gekommen ist und eine Änderung der politischen Praxis beschlossen hat.

Kurt Friedli, CVP. Die Vorlage wurde auch bei uns wesentlich heisser diskutiert, als man es sich aufgrund von Presseberichten hätte vorstellen können. Als erstes hat sich die Frage nach dem Umfang und der Grösse der jeweiligen Anlagen gestellt. Es wird zwar erklärt, «nur» leitende Personen sollten ein solches Handy erhalten. Beim Bürgerspital Solothurn handelt es sich aber um 300 Apparate. Unsere Fraktion hat den Vorschlag diskutiert, die alten Piepser durch neue zu ersetzen. Dies würde die Kosten wesentlich reduzieren. Muss man im Interesse der Vertraulichkeit nicht ohnehin einen geschützten Raum aufsuchen? Das Gespräch kann ohnehin nicht direkt auf der Abteilung oder auf dem Flur mit dem Handy abgewickelt werden. Auch über die 400'000 Franken, die beim Bürgerspital Solothurn bereits investiert wurden und die bei einer Rückweisung offenbar verloren wären, haben wir diskutiert. Dies haben wir als ein *Fait accompli* betrachtet. Auch die eingerechneten Reservebeträge scheinen uns an der oberen Grenze zu liegen. In der heutigen Zeit sollte man relativ genaue Offerten einholen können.

Der Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission auf Streichung von Ziffer 6 hat bei uns zu einer Patt-Situation geführt. Auch wir konnten diesem Antrag relativ viel Sympathie entgegenbringen. In der Vorlage heisst es, solche Vorhaben sollten inskünftig im Sinne der Einheit der Materie in die Kosten des gesamten Bauvorhabens integriert werden. Die Aussage der Regierung möchten wir unterstützen und unterstreichen. In diesem Zusammenhang fanden wir die Amortisationsdauer relativ kurz. Mit andern Worten wäre das Geschäft schon bald wieder in diesem Saal. In Anbetracht von Sicherheitsfragen und Effizienz im Personalbereich haben wir dem Beschlussesentwurf zugestimmt. Dem Antrag der Finanzkommission hat unsere Fraktion ebenfalls knapp zugestimmt. Ich könnte mir angesichts der knappen Entscheidung und der vielen Enthaltungen vorstellen, dass der Antrag der FdP auch von Seiten der CVP einige Unterstützung erfahren wird.

Irene Froelicher, FdP. Vor uns liegt eine eigenartige Vorlage. Einerseits liegt die Kompetenz zur Genehmigung der Ersatzinvestitionen offenbar bei der Regierung. Andererseits hat uns die Regierung die Vorlage auf den Tisch gelegt. Es ist unsere Pflicht, unsere Meinung kund zu tun und nicht nur ein formelles Ja abzugeben. Wahrscheinlich kann die Regierung dann doch tun, was sie will. Wir haben demzufolge eine Konsultativabstimmung vor uns. Dies in der Hoffnung, die Regierung lasse diese Meinungsäusserung in ihren Entscheid einfließen. Die Anträge der FdP/JL-Fraktion liegen Ihnen schriftlich vor. Sie betreffen die Ziffern 1, 4 und 6. Den übrigen Ziffern des vorliegenden Beschlussesentwurfs stimmt unsere Fraktion zu. Es ist immer schön, das Neueste, Bequemste und Optimalste zu haben. Wer möchte das nicht? Die Frage ist nur, ob man es sich leisten kann oder will. Unsere Fraktion ist grossmehrheitlich der Meinung, es sei der finanziellen Lage des Kantons Solothurn angemessen, Investitionen in dieser Grössenordnung – wir sprechen immerhin von 5,4 Mio. Franken – hinauszuschieben, sofern dies möglich und zu verantworten ist. Anlagen, die heute topmodern sind, sind angesichts des Tempos der technischen Entwicklung in drei, vier Jahren wieder veraltet.

Als Grund für die teure Anschaffung von Cordlessanlagen in Solothurn und Olten wird in der Vorlage die Freigabe der benützten Frequenzbänder der Personensuchanlagen durch den Bund angegeben. Handlungsbedarf besteht also nicht aus Sicherheitsgründen und auch nicht aus Gründen der Effizienzsteigerung. Die Anzahl bestehender Telefoninstallationen und -stationen, wie sie im schriftlichen Antrag aufgeführt werden, bestätigt dies. Auf die Massnahme des BAKOM muss demnach reagiert werden. Laut der Vorlage gibt es zwei verschiedene Möglichkeiten. Entweder die Deluxe-Lösung der neuen Cordlessanlagen oder die Light-Lösung der Umrüstung bestehender Personensuchanlagen. Für Solothurn und Olten allein kostet die Deluxe-Lösung siebenmal mehr. Der Ersatz der Personensuchanlage in Dornach wird auch in der Vorlage als nicht zwingend bezeichnet, da diese aus dem Jahr 1999 stammt und von der Massnahme des BAKOM nicht betroffen ist. Für die FdP/JL-Fraktion besteht daher auch hier kein Handlungsbedarf. Wir schliessen uns dem Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission an. Wenn Sie all unseren Anliegen folgen, belaufen sich die veranschlagten Ausgaben der gesamten Vorlage – inklusive die Umrüstung und der Ersatz der Piepser in Olten und Solothurn – auf 2,5 Mio. Franken. Falls die Vorlage im Sinne der Regierung befürwortet wird, betragen die Gesamtausgaben 5,4 Mio. Franken. Der Unterschied macht rund 3 Mio. Franken aus. Dabei berufe ich mich auf Angaben und Zahlen aus der Vorlage. Sogar die im Bürgerspital Solothurn leider bereits verbauten 400'000 Franken können verschmerzt werden. Ich betone nochmals, dass es unserer Meinung nach bei der erwähnten Beschaffung in Olten und Solothurn um Wunsch-, nicht um Zwangsbedarf geht. Daher bitte ich Sie, unseren Anträgen zuzustimmen. An die Regierung richte ich die folgende Bitte. Wenn sie dem Rat Projekte freiwillig vorlegen will, so soll sie dies nicht erst tun, wenn bereits mit der Ausführung begonnen wurde. Das ist un- schön, weil dadurch die Entscheidung des Rats beeinflusst werden kann.

Esther Bossart, SVP. Die SVP beantragt Ihnen Eintreten auf das Geschäft und Rückweisung an die Regierung mit dem Auftrag, kostengünstigere Varianten mit einem kleineren – und ich benütze hier kein Fremdwort, sondern ein französisches – *après-vente* Aufwand zu evaluieren. Wir sind uns der Problematik dieses Geschäfts bewusst, wurden doch laut Angaben des Chefs des AIO im Bürgerspital bis heute weit über 400'000 Franken investiert. Für uns ist das eine klassische *Fait-accompli*-Situierung. Die 5,4 Mio. Franken, von welchen wir hier sprechen, sind nicht etwa budgetiert; es handelt sich um einen Nachtragskredit. Wir anerkennen die Notwendigkeit eines Ersatzes dieser Anlagen. Daher sind wir für Eintreten. Eigene Abklärungen haben jedoch ergeben, dass die vorgeschlagenen Systeme nicht dem neusten Stand der Technologie entsprechen. Wir schaffen mit der beantragten Lösung nur neue Abhängigkeiten, die uns in Zukunft immense Summen kosten werden. Das leider oft gehörte Argument, bei derartigen Geschäften könnten aufgrund der geforderten Servicesicherheit nur bekannte Firmen berücksichtigt werden, kann ich nicht stehen lassen. Ich erinnere daran, dass im Sektor Kommunikationstechnik in Solothurn bis vor kurzem eine Firma bestand, die besonders vertrauenswürdig erschien. Heute existiert sie nicht mehr. Innovative Kommunikations-, Gesprächsvermittlungs- und Personensuchanlagen basieren heute auf betriebsinternen Netzwerken, kombiniert mit einfachen Zweidrahttelefonen. Solche Geräte sind heute in den betroffenen Spitälern zum Teil bereits vorhanden oder können preiswert im Fachhandel beschafft werden. Angewendet werden sie unter anderem von grossen Firmen wie der Krankenversicherung CSS und der Credit Suisse. Auch Regionalspitäler landauf, landab – um die Worte von Bea Heim zu benützen – interessieren sich für diese Systeme.

Erlauben Sie mir zwei zusätzliche Bemerkungen. Ich habe das Dossier zur neuen Anlage, die ich eben beschrieben habe, der Finanzkommission zur Verfügung gestellt. Die Begründung, in der Vergangenheit seien Anlagen nach dem von der Regierung vorgegebenen Prinzip beschafft worden, und man wolle den eingeschlagenen Weg nicht verlassen, mag ich nicht gelten lassen. Das Prinzip «gestern standen wir am Abgrund, heute machen wir einen grossen Schritt vorwärts» ist Unsinn. Oder wirtschaftlich ausgedrückt: Schlechtem Geld wirft man nicht einfach gutes hinterher. Das muss sich auch die SP merken. Angesichts der heutigen Finanzlage ist das enorm wichtig. Nicht wenige Fachleute erwähnen, dass die so genannten Pager, welche beschafft werden sollen, keine Zukunft haben und in wenigen Jahren nicht mehr im Handel sein werden. Die SVP ist der Meinung, bereits heute sollte an morgen gedacht werden. Ein System auf der Basis des Mobiltelefons muss gesucht werden. Das Argument möglicher Natel-Zweckentfremdung ist unsere Meinung nach nicht stichhaltig. Netzzugänge können heute selektiv geschaltet werden. Wir beantragen Ihnen Eintreten und Rückweisung mit dem Auftrag, die Vorlage zu überarbeiten. Für diejenigen, die sich für das Dossier interessieren: Ich habe einige hier. Die Anträge der FDP werden wir heute Nachmittag noch diskutieren.

Reiner Bernath, SP. Spitalberufe sind Laufberufe. Ein Pfleger oder eine Spitalärztin ist ständig auf den Beinen. Dies im Unterschied zum Beruf des Kantonsrats; wir halten bekanntlich Sitzungen ab. Eine Cordlessanlage, von Fachleuten evaluiert, erspart tausende von Gängen oder Sprints zum nächsten Telefon. Stimmen sie daher der Beschaffung der Cordlessanlagen vollumfänglich zu – auch für Dornach.

Hansruedi Wüthrich, FdP, Präsident der Finanzkommission. Sie werden sich die Frage gestellt haben, aus welchen Gründen die Finanzkommission die Anträge der Regierung unterstützt. Einleitend möchte ich in Sachen Dossier festhalten, dass eine Sitzung der Finanzkommission angesagt war. Am Morgen wurde mir eine Produktepräsentationsmappe übergeben – praktisch wie auf einer Werbefahrt. Selbstverständlich habe ich diese Unterlagen an das AIO weitergeleitet. Bis jetzt sind Kommissionen keine Offerten eingabestellen. Vielleicht wird sich das von jetzt an ändern.

Was hat die Finanzkommission bewogen, den Anträgen der Regierung zuzustimmen? Wir sind keine Experten in diesem Technologiebereich. Wir haben vor Jahren keine glorreiche, sondern eine lehrreiche Erfahrung in einem ähnlichem Bereich gemacht. In einem Anflug von Kreativität suchte man für ein Departement eigene Lösungen. Das Baudepartement hat – entgegen der Gesamtstrategie des AIO – die Firma Miracle gewählt. Wie Sie aus der Geschichte wissen, ist diese Übung in die Hosen gegangen. Der Kanton musste sich schlussendlich 600'000 Franken ans Bein streichen. Dies hat die Finanzkommission dazu bewogen – nachdem über 40 Anlagen von 65 geplanten in Betrieb sind und bestens funktionieren –, auf Nummer sicher zu gehen und auf Kontinuität zu setzen. Wir möchten keine neuen Produkte beziehen. Dies ist eine Grundsatzfrage, die man selbstverständlich anders beantworten kann. Wenn Sie Geld sparen wollen, hat die Finanzkommission sicher nichts dagegen. Dies ist der Hintergrund zu unserem Entscheid zugunsten der scheinbar teureren Lösung.

Erna Wenger, SP. Manchmal ist es gut, wenn ein Geschäft eine Kurve macht. Ich habe den Eindruck erhalten, dass viele Kantonsrätinnen und Kantonsräte in diesem Geschäft eine komplizierte Sache sehen. Ich möchte aufzeigen, was es bedeutet, in einem Spital mit Piepsern zu arbeiten. Wer das Kantonsspital

Olten besucht hat, weiss, dass wir sehr lange Gänge erhalten haben. Wir haben Folgendes festgestellt. Wenn wir für das Operationsprogramm jemanden benötigen, müssen wir länger warten, bis wir jemanden am Telefon haben. Vor kurzem habe ich das Telefon in die Hand genommen, weil ich eine Arzt suchte. Ich bin im Amtshaus gelandet. Dort hat man mir gesagt, man sei sich das gewöhnt; man erhalte immer wieder einmal ein Telefon vom Kantonsspital Olten. Im Zusammenhang mit der Batterie bei Piepsern habe ich Folgendes in Erfahrung gebracht. Wenn die Batterie leer ist, wird das womöglich auf dem Display des Piepsers noch nicht angezeigt. Wenn ein Anruf weggeht, wird das mit einem Piepstön registriert. Bei demjenigen, der den Anruf entgegennehmen sollte, geht der Piepser jedoch nicht. Oder der Ton ist so leise, dass er nicht gehört wird.

Nun möchte ich ihnen noch eine Erfahrung aus dem Operationsaal mitteilen: Ein Patient hat einen tiefen Blutdruck; ich benötige dringend einen Oberarzt. Rundherum sehe ich nur Türen; ich bin allein. Ich lasse es 30-mal klingeln, und niemand nimmt den Piepser ab. Das ist nicht zu verantworten. Ich stelle dem Regierungsrat zwei Fragen, weil ich gestern der Zeitung entnommen habe, dass Frau Froelicher der Meinung ist, die Piepser könnten umgerüstet werden. Ist bei einer Umstellung der Piepser auf die neue Frequenz für die Spitäler eine eigene Frequenz vorgesehen? Oder sind Taxifahrer oder andere Personen auch auf dieser Frequenz aktiv? Ist die Betriebssicherheit garantiert, wenn anstelle einer Anschaffung von Cordlessanlagen die bestehenden Sucher umgerüstet werden? Ich frage dies explizit, sodass – sollte es einmal Probleme geben – niemand sagen kann, man habe nichts von den Auswirkungen gewusst. Ich hoffe, dass sich der eine oder andere von mir hat umstimmen lassen. Ich bin sehr gerne bereit – und das gilt auch für meine Chefs –, mich einmal von einem Kantonsrat oder einer Kantonsrätin während eines ganzen Tages begleiten zu lassen. So würde Ihnen bewusst, was es bedeutet, mit einem Piepser zu arbeiten. Für uns ist das kein Detail. Es ist eine wesentliche Erleichterung unserer Arbeit und auch relevant in Sachen Sicherheit, wenn wir ein Telefon abnehmen können.

Esther Bossart, SVP. Ich möchte ergänzen, dass die SVP den Anträgen der FdP zustimmt, wird doch das Geschäft heute abschliessend behandelt. Zum Votum von Herrn Wüthrich. Auf der Werbefahrt, Herr Wüthrich, wurde Ihnen in einer Mappe ein System vorgestellt, welches insgesamt einige 100'000 Franken kostet. Dies im Vergleich zum Nachtragskredit von 5,4 Mio. Franken. Angesichts der heutigen Finanzlage ist das sicher nicht unwesentlich. Meiner Vorrednerin möchte ich sagen, dass bei der von mir erwähnten Anlage die Netze selektiv geschaltet werden können. Es wäre nicht so, dass auch Taxifahrer und andere auf diesem Netz telefonieren würden.

Theodor Kocher, FdP. Es ist doch eigenartig, dass ein Sachgeschäft, welches eigentlich überblickbar ist, zu derart schwierigen und emotionsgeladenen Diskussionen führt. Ich konnte das nicht verstehen und habe beim AIO nach einigen harten Fakten gefragt, um herauszufinden, warum ein ungutes Gefühl im Raum steht. Unerfreulicherweise konnten sie mir diese Fakten nicht liefern. Ich habe mich gefragt, wie es soweit kommt, dass etwa die Frage nicht beantwortet werden kann, wie viele Mitarbeiter durch diese Anlagen erschlossen werden. Ich bin auf etwas gestossen, wofür weder das AIO noch die Regierung, sondern wohl der Kantonsrat selbst verantwortlich ist. Wir haben die Usanz, solche Sachgeschäfte aufgrund von einfachen Kostenschätzungen zu verabschieden. Bei einfachen Kostenschätzungen weiss man relativ wenig. Auch die ergänzte Vorlage – und man hat sich durchaus Mühe gegeben, uns zu erklären, warum man das benötigt – bringt zahlenmässig keine weiteren Fakten. Die führt dazu, dass die Streuung mehrere 100'000 Franken beträgt. Dies im Gegensatz zu anderen Geschäften, bei welchen wir um wenige 10'000 Franken debattieren. So wird verständlich, warum das Geschäft Reserven von mehreren 100'000 Franken enthält. Der langen Rede kurzer Sinn: Eine gewisse Unsicherheit bleibt bestehen, die jedoch systembedingt ist. Ich möchte die Anregung an die Regierung weitergeben, ob man bei Geschäften dieser Tragweite in Zukunft nicht eine Bedürfnisabklärung vornehmen sollte, bevor man damit vor den Kantonsrat tritt. Die Kostenschätzung sollte detaillierter gemacht werden. Dann können auch die Fragen richtig beantwortet werden. Könnte man die Wirtschaftlichkeit einer solchen Anlage nicht – anstatt mit einigen zwar glaubwürdigen, aber doch als Behauptung erscheinenden Worten – mit zahlenmässigen Fakten belegen? Dies würde wesentlich dazu beitragen, dass der Kantonsrat die Verantwortung für die Steuergelder wirklich wahrnehmen kann. Und es wäre ein wesentlicher Beitrag zu einem tragfähigen politischen Konsens in schwierigen Ausgabefragen.

Rudolf Rüegg, SVP. Wir befinden uns bereits im Budgetjahr 2003. Ich stelle fest, dass die Finanzkommission das Geschäft im letzten Herbst nicht behandeln konnte, weil gewisse Anträge der Fachkommissionen noch nicht vorlagen. Aus diesem Grund hat sie diesen Betrag aus dem Budget 2003 herausgekippt. Das Budget wurde im letzten Dezember beschlossen. Bereits heute soll mit einem Nachtragskredit nachgedoppelt werden. Seitens der Finanzkontrolle wurde uns am Freitag, 17. Januar 2003 mitgeteilt, das Geschäft müsse als Nachtragskredit zum Voranschlag 2003 behandelt werden. Auf dem Zirkulationsweg

wurde der abgeänderte Antrag der Finanzkommission zur persönlichen telefonischen Stellungnahme innerhalb von 4 Stunden herumgeboten. Ich war offenbar der Einzige, der sich gegen diesen Nachtragskredit gewehrt hat. Im Rahmen des Zirkulationstelefonats habe ich mitgeteilt, ich sei nur einverstanden, wenn der Betrag ins Budget 2004 aufgenommen werde. Wir wollen, kaum haben wir den Voranschlag beschlossen, doch nicht bereits in der ersten Session einen Nachtragskredit beschliessen. Wo kämen wir bis Ende Jahr hin, wenn wir die Budgetvorgaben nicht einhalten, sondern schon jetzt aufdoppeln? Dafür haben wir gar keine Reserven. Ich vertrat auch die Meinung, die Summe könne anders finanziert werden. Wenn im Nettoinvestitionskredit ein anderer Posten gestrichen würde, könnten die Budgetzahlen, wie sie beschlossen wurden, eingehalten werden. Aus diesen Gründen stimme ich dem Antrag auf Rückweisung und Überarbeitung dieses Geschäfts zu.

Kurt Henzi, FdP. Die Anlage in Dornach ist seit 1999 in Betrieb und somit vier Jahre alt. Wir haben vorhin gehört, die Pager hätten keine Zukunft. Wir sprechen von einer Lebensdauer von drei bis fünf Jahren und von einer Amortisationszeit von eineinhalb Jahren. Ich halte es für merkwürdig, dass im Rat solche technischen Diskussionen geführt werden, die wahrscheinlich nicht wirklich nachvollzogen werden können. Ich bitte Sie – wenn Sie auf die Vorlage eintreten –, Dornach nicht aus der Vorlage herauszustreichen. Dann wäre die Ablösung der Personensuchanlage durch die Cordlessanlage sichergestellt.

Rolf Ritschard, Vorsteher des Departementes des Innern. Sicher muss man Irene Froelicher und der FdP Recht geben wenn sie sagen, wir hätten die Vorlage spät, allenfalls zu spät erstellt. Klar ist auch, dass die Kompetenzen für jede einzelne Vorlage beim Regierungsrat liegen. Warum haben wir die Vorlage gemacht? Es geht schlicht und einfach um die Ersatzanlagen für sämtliche Spitäler, die noch nicht ausgerüstet sind. Das Investitionsvolumen ist relativ gross. Im Sinne der Einheit der Materie wollten wir dem Kantonsrat Transparenz gewähren und die Anlagen nicht mittels Salamiaktik ersetzen.

Wir lehnen den Antrag der FdP, der in den vorberatenden Kommissionen besprochen wurde, ab. Irene Froelicher hat den Antrag insbesondere in der Sozial- und Gesundheitskommission bereits zur Diskussion gestellt. Es handelt sich bei unserem Antrag nicht um eine Deluxe-Lösung. Der Nutzen der Cordlessanlage ist gegeben; sie reduziert die Gänge. Herrn Kocher möchte ich sagen, dass wir keine exakte Rechnung, sondern eine Überschlagsrechnung haben. Wir gehen davon aus, dass rund 1000 von den insgesamt 2500 Angestellten der solothurnischen Spitäler Pflegeangestellte sind. Gehen wir einmal davon aus, dass während 24 Stunden 600 Personen im Einsatz sind. Von diesen Personen können möglicherweise 500 je fünf Minuten von total achteinviertel Stunden Arbeitszeit einsparen. So kommt man bereits auf respektable Zahlen. Durch diese Rationalisierungsmassnahme können bereits mehrere Tage eingespart werden. Letztlich steht mehr Zeit für die Arbeit am Krankenbett zur Verfügung. Wie erwähnt gibt keine präzisen Überprüfungen. Die Wirtschaftlichkeitsrechnung, die sie wollen, ist nur mit Plausibilitätsüberlegungen zu machen. Angesichts der grossen Zahl der Pflegeangestellten kann ein wichtiger Rationalisierungseffekt erzielt werden, der die Präsenz am Bett verbessert. Die heute in den Spitälern vorhandenen Telefone werden in erster Linie im administrativen Bereich verwendet. Es gibt Telefone in den Patientenzimmern, die jedoch vom Personal nicht verwendet werden dürfen, weil sie auf den einzelnen Patienten fakturiert werden. In den Stationszimmern, vereinzelt auch in den Gängen, hat es Telefone. Der Gang an ein solches Spitaltelefon ist notwendig.

Wir bitten Sie, den Antrag der SVP auf Rückweisung abzulehnen. Wir haben uns vor einigen Jahren für ein einheitliches System entschieden. Dieses hat sich hervorragend bewährt. Das AIO hat in diesem Geschäft insgesamt eine sehr gute Führung bewiesen. 40 von 65 Anlagen sind heute umgerüstet. Wir sehen keinen Grund – angesichts dessen, was investiert wurde und für den Unterhalt der Anlagen vorhanden ist –, jetzt etwas anderes zu machen. Das wäre in unseren Augen ein Fehler. Das AIO hat die Alternative vorläufig geprüft. Es wurde untersucht, ob die für uns wichtigen Fragen in den Unterlagen, welche Frau Bossart eingereicht hat, beantwortet werden. Aus den Unterlagen geht nicht hervor, ob Teamschaltungen, Mehrfachumleitungen, Ringrufe, Sammelschlüsse, Alarmierung von Feuerwehr, Spital und Polizei unterstützt werden. Wir wissen auch nicht, ob die heute im Einsatz stehenden Apparate problemlos mit den neuen zusammenschaltet werden könnten. Es gibt sehr viele technische Schwierigkeiten, die wohl nicht im Kantonsrat gelöst werden können. Man müsste seine Entscheide auf die bewährte Beurteilung durch das AIO basierend treffen können. Wenn Piepser beschafft würden, wie das von der FdP vorgeschlagen wird, hätte man zwar eine einzelne Komponente ersetzt. Die Anlage als Ganzes behält jedoch ihr Alter und kommt so oder so an ihre technische Grenze, bei welcher sie dann zwangsweise ersetzt werden muss. Wir stützen uns auf die sorgfältige Arbeit des AIO. Wir sehen darin eine gute Basis für den Entscheid. Es gibt eine eigene, spitalinterne Frequenz für die Piepser. Die Betriebssicherheit des Piepsers ist jedoch klar tiefer als diejenige der Cordlessanlage. Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und im Sinne der Regierung zu entscheiden.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Abstimmung

Für den Antrag Fraktion SVP auf Rückweisung
Dagegen

Minderheit
Grosse Mehrheit

Peter Bossart, CVP. Ich mache Ihnen beliebt, die Detailberatung morgen zu führen. Wir könnten dann die Anträge der FdP in den Fraktionen seriös diskutieren.

Abstimmung

Für den Ordnungsantrag Peter Bossart

Grosse Mehrheit

SGB 200/2002

Verpflichtungskredit für die finanzielle Beteiligung an den polizeilichen Kooperationszentren in Genf und Chiasso

Es liegen vor:

- a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 11. November 2002; der Beschlussesentwurf lautet:
Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. a der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, das Gesetz über die Kantonspolizei vom 23. September 1990, § 33 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 11. November 2002 (RRB Nr. 2184), beschliesst:
1. Ab dem Jahr 2003 beteiligt sich der Kanton Solothurn mit einem jährlichen Beitrag von Fr. 60'500.- an den Betriebskosten der zwei nationalen Kooperationszentren in Genf und Chiasso .
 2. Die Kosten gehen zu Lasten des Globalbudgets Polizei Kanton Solothurn.
 3. Gestützt auf § 20 Gesetz über die Kantonspolizei wird der Regierungsrat beauftragt, dem Generalsekretariat KKJPD den Ausgabenbeschluss bezüglich der Kostenbeteiligung an den Kooperationszentren zu notifizieren.
- b) Änderungsantrag der Justizkommission vom 5. Dezember 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrates.
- c) Zustimmung des Regierungsrats vom 17. Dezember 2002 zum Änderungsantrag der Justizkommission.
- d) Änderungsantrag der Finanzkommission vom 15. Januar 2003 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrates.

Eintretensfrage

Herbert Wüthrich, SVP, Präsident der Justizkommission. Die Justizkommission hat die Vor- und Nachteile bezüglich des anstehenden Verpflichtungskredits von 60'500 Franken pro Jahr, den man über das Globalbudget abwickeln möchte, abgewogen. Als Vorteil ist eine grosse Wahrscheinlichkeit des Erfolgs gegenüber Kriminellen beispielsweise aus dem Kosovo oder aus Albanien zu erwarten. Demgegenüber ist es heute schwierig, den Nutzen genau zu beziffern. Die von den Kooperationszentren erbrachten Leistungen sind für die Grenzkantone nicht unbedeutend. Der Kanton Solothurn ist ja bekanntlich auch ein Grenzkanton. Als Nachteil muss festgehalten werden, dass sich nicht alle Kantone solidarisch an diesem Projekt beteiligen. Ausgerechnet der Kanton Zürich hatte sich bis zur Behandlung dieses Geschäfts in unserer Kommission noch nicht dazu durchgerungen, mitzumachen. Ich gehe davon aus, dass uns Herr Regierungsrat Ritschard den neusten Stand mitteilen wird. Weiter muss festgestellt werden, dass die Rechtsgrundlage fehlt; die so genannte Rechtspflicht. Die 60'500 Franken pro Jahr machen rund 0,3 Prozent des Gesamtbudgets von 20 Mio. Franken aus. Unser Beitrag wäre also relativ klein.

Nach Abwägung der Vor- und Nachteile ist die Justizkommission auf die Vorlage eingetreten. In der Detailberatung haben die Nachteile zum vorliegenden abgeänderten Antrag geführt. Ziffer 1 wurde ergänzt, und eine neue Ziffer 2 wurde eingefügt. Bei Ziffer 1 hat sich das Wort «ebenfalls» eingeschlichen. Dadurch wurde die Finanzkommission auf den Plan gerufen. Sie wollten das Wort streichen. Das bedeutet, dass eine Hürde von 20 Kantonen – inklusive des Kantons Solothurn – erreicht werden müsste, damit man mitmacht. Wenn man die Protokolle der Justizkommission anschaut, stellt man fest, dass sich das Wort «ebenfalls» vom Antrag über den Beschluss zum Beschlussesentwurf eingeschlichen hat. Die Folgerung daraus ist, dass dieses Wort gestrichen werden kann. Somit gibt es keine Differenz zwischen der Justizkommission und der Finanzkommission.

Die neu eingeschobene Ziffer 2 wurde von der Justizkommission einstimmig gutgeheissen. Die Vorlage soll auf fünf Jahre befristet werden. Dann soll eine Nutzwertanalyse Aufschluss darüber geben, ob sich der Kanton Solothurn weiterhin beteiligen soll. Unsere Begründung beruht auf drei Aspekten – erstens der fehlenden Rechtspflicht, zweitens der angespannten finanziellen Situation unseres Kantons und drittens dem heute nicht quantifizierbaren Nutzen. Herr Regierungsrat Ritschard hat an der seinerzeitigen Sitzung durchblicken lassen, dass er mit dem so geänderten Beschlussesentwurf leben kann. Ich beantrage Ihnen, die abgeänderte Ziffer 1 und die neue Ziffer 2 anzunehmen und dem Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Lorenz Altenbach, FdP. Bereits bei der Behandlung des Postulats Haenggi und dem kurz darauf verabschiedeten Beitritt zur Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität waren wir uns darüber weitgehend einig, dass zur Bekämpfung der Kriminalität die Kooperation über kantonale und nationale Grenzen hinaus notwendig ist. Die Internationalisierung respektive die Globalisierung macht auch vor der Kriminalität und deren Bekämpfung kein Halt. Die Zeiten, in welchen jeder kantonale Ermittler sein eigenes Süppchen kochen konnte, sind definitiv vorbei. Nur die grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann heute noch erfolgversprechend sein. Die FdP/JL-Fraktion steht daher grundsätzlich hinter dem Geschäft. Es scheint uns auch wichtig, dass die seitens der Justizkommission eingebrachten Korrekturen bezüglich der Beteiligung der übrigen Kantone sowie die Ergänzung der Finanzkommission und die Befristung mit unterstützt werden. Dies umso mehr, als es offenbar die anderen Landesregionen – im Gegensatz zur Nordwestschweiz – bisher versäumt haben, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit soweit auszubauen, dass sich ein solches Koordinationszentrum erübrigt. Dass sich der Kanton Zürich zum zweiten Mal innert kürzester Zeit aus der interkantonalen Solidarität ausklinkt, stösst bei unserer Fraktion auf wenig Verständnis. Wir sind für Eintreten und stimmen dem Geschäft mit den Korrekturen der Justizkommission und der Finanzkommission zu.

Ursula Deiss, SVP. Ich möchte Ihnen einige wichtigen Aufgaben der Zentren für Polizei- und Zollzusammenarbeit erläutern. Zu den Tätigkeiten der Verwaltung gehört der Austausch von Informationen über Dienststellen und Organe der Justiz, der Polizei und der Fremdenpolizei sowie schweizerischer, französischer oder anderer Zollbehörden. Ebenfalls mit dieser Aufgabe zu tun haben Polizisten, Beamte und Verbindungsbüros. Zur kriminalpolizeilichen Informationstätigkeit gehört die Übermittlung von Fahndungskarten, Fotos und Fingerabdrücken. Information wird im Zusammenhang mit einer Observation oder Nacheilen im Grenzgebiet ausgetauscht. Suchoperationen werden vorbereitet, geplant und aufeinander abgestimmt; Sofort- und Notmassnahmen werden eingeleitet. Kriminalpolizeiliche Informationen, die aus Datenbanken oder Unterlagen der Dienststellen stammen, werden ausgetauscht. Weitere Aufgaben betreffen die Operationen zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Verbrechens. Die Einheiten und Dienste der Partnerstaaten müssen für den Fall eines konzentrierten Einsatzes oder für Ermittlungen koordiniert werden. Verwaltungstechnisch muss bei Massnahmen in Verbindung mit Observationen oder Verfolgungen im Grenzgebiet koordiniert werden. Bekanntlich grenzt unser Kanton an den Nachbarn Frankreich.

Zur effizienten Bekämpfung des organisierten Verbrechens im Grenzgebiet müssen harmonisierte Strategien analysiert und entwickelt werden. Es fallen Aufgaben im Bereich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung an. Während Kundgebungen oder Unruhen in Grenznähe wird die Zusammenarbeit gesucht. Im Zusammenhang mit der Rückweisung von Personen, gegen die Einreiseperrren verhängt wurden, fallen Koordinationsarbeiten an. Wir wissen ja, dass der G8-Gipfel in Evian bevorsteht. Die Bekämpfung von illegaler Einreise und Abklärungen über den Verbleib von Personen an der Grenze und im Grenzgebiet sind weitere Aufgaben. Verstösse gegen die Zollvorschriften müssen bekämpft werden. Über gefälschte Zollpapiere und Bescheinigungen werden Erhebungen gemacht und Informationen ausgetauscht. Aufträge allgemeiner Art und Support werden beispielsweise für die Zusammenarbeit bei der Suche von Vermissten geleistet. Öffentlichkeitsarbeit sowie die Förderung der polizeilichen Zusammenarbeit durch Konferenzen, Seminare und Lehrgänge sind ebenfalls Teil der Tätigkeiten.

Ein Wort noch zur Finanzierung. Die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren hat im vergangenen Jahr zusammen mit den Departementsvorstehern die vorgeschlagene Finanzierung der Kooperationszentren gutgeheissen. Der Bund beteiligt sich mit zwei Dritteln an den Kosten; die Kantone übernehmen den verbleibenden Drittel. Das für die beiden Kooperationszentren zur Verfügung stehende Gesamtbudget der Schweiz würde sich auf jährlich zirka 5 Mio. Franken belaufen. Die von den Kantonen zu tragenden Kosten betragen somit rund 1,6 Mio. Franken jährlich. Die für die einzelnen Kantone anfallenden Kosten berechnen sich proportional zu den Einwohnerzahlen. Ich bin der Ansicht, dass die bereits in Betrieb genommenen Zentren eine wichtige Aufgabe in der internationalen Polizeiarbeit übernommen haben. In diesem Sinne beantragt die SVP-Fraktion, den Anträgen der Justizkommission und der Finanzkommission zuzustimmen.

Urs Huber, SP. Es ist eine Kernaufgabe des Staats, die innere Sicherheit zu gewährleisten. Polizei und Justiz müssen auf neue oder veränderte Rahmenbedingungen reagieren, respektive sich ihnen anpassen. Wie die Vorlage zur Internetkriminalität sind auch die Kooperationszentren in Genf und Chiasso ein Mittel zur effizienteren Bekämpfung der Kriminalität. Die innere Sicherheit braucht quasi eine äussere Dimension. Zu fragen wäre allerdings, ob wieder die Kantone eine solche Stelle mittragen müssen. Dieser Weg passt in unser föderalistisches Polizeisystem. Das unterschiedliche Vorgehen der Departemente ist für mich ein Problem. Während der eine Regierungsrat uns unter anderem wegen Portokosten bekümmert – leider erfolgreich –, das Globalbudget zu erhöhen, hat der andere den Ehrgeiz, alle neuen Belastungen in das bestehende Globalbudget zu verpacken. Die SP-Fraktion erachtet die Vorlage als sinnvoll und befürwortet sie deshalb.

Eine persönliche Bemerkung noch. Die Hälfte der Vorlage ist eigentlich ein schlechter Witz. In der Kommission habe ich dieser Vorlage zugestimmt. Zwei Tage später konnte man in der Zeitung lesen, dass die Richter in einem unserer Nachbarländer eine Demonstration gegen die Knebelung der Justiz abgehalten haben. Wir beteiligen uns also an einem polizeilichen Kooperationszentrum mit einem Land, dessen Ministerpräsident eine Rekordzahl an Untersuchungsverfahren am Hals hat, dessen Justizminister seine Hauptaufgabe darin sieht, die Justiz am Arbeiten zu hindern und dessen Parlament Gesetze verabschiedet, die vor allem dazu dienen, den Chef und seine Umgebung zu schützen. Wenn ich trotzdem zustimme, dann in der Hoffnung, dass auf der unteren Ebene die Rechtsstaatlichkeit noch ein Ehrbegriff ist. Vielleicht ändern ja auch die politischen Zustände wieder einmal.

Rolf Grütter, CVP. Zu den 60'000 Franken wurde schon viel gesagt. Die CVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt dem Geschäft mit den Änderungen der Finanzkommission und der Justizkommission zu. Die Gemeinschaft funktioniert nur, wenn man Dinge gemeinsam trägt. Ich möchte noch einige Gedanken zur Hürde von 20 Kantonen äussern. Ich hätte es vorgezogen, wenn der Kanton Solothurn ausdrücklich verlangt hätte, dass 20 Kantone mitmachen, darunter Zürich, Schwyz und Zug. Wir lassen uns immer von den reichsten Kantonen sagen, wie der Hase läuft und sind auch noch imstande, brav dazu zu nicken. Ich stelle diesen Antrag heute nicht, möchte jedoch Folgendes zu bedenken geben. Wenn wir in Zukunft innerhalb der Eidgenossenschaft Dinge wie die Kooperationszentren betreiben, respektive die Internetkriminalität angehen wollen, so kann es nicht sein, dass die an sich finanzstärksten Kantone nach belieben entscheiden können, nicht mitzumachen. Solange wir uns dies gefallen lassen, sind wir kein selbstbewusster Kanton.

Rolf Ritschard, Vorsteher des Departementes des Innern. Ich bin gefragt worden, welches der aktuelle Stand sei. Am 9. Dezember hat uns das Sekretariat der Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren mitgeteilt, dass 13 Kantone den Kredit in ihr Budget aufgenommen haben. Abgelehnt wurde dies von Zürich, Uri, Appenzell-Innerrhoden und Schwyz. Solothurn und Glarus haben Stellungnahmen in Aussicht gestellt. Von den restlichen sieben Kantonen ist noch keine Antwort gekommen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress Angenommen

Ziffer 1

Antrag Finanzkommission

... Genf und Chiasso, sofern sich mindestens 20 Kantone daran beteiligen. Angenommen

Ziffer 1^{bis} (neu)

Antrag Justizkommission

Als neue Ziffer 1^{bis} wird eingeschoben:

Die finanzielle Beteiligung des Kantons Solothurn wird auf fünf Jahre bis 2007 befristet. Nach dieser Zeit soll der für den Kanton Solothurn aus dem Betrieb der Kooperationszentren resultierende Nutzen unter Berücksichtigung der Solidarität mit den andern Kantonen überprüft werden.

Abstimmung

Für den Antrag Justizkommission

Grosse Mehrheit (Einstimmigkeit)

Ziffern 2–3

Angenommen

Edith Hänggi, CVP, Präsidentin. Für dieses Geschäft ist das Zweidrittelsmehr notwendig. Das Quorum beträgt 85 Stimmen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfes

125 Stimmen (Einstimmigkeit)

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. a der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, das Gesetz über die Kantonspolizei vom 23. September 1990, § 33 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 11. November 2002 (RRB Nr. 2184), beschliesst:

1. Ab dem Jahr 2003 beteiligt sich der Kanton Solothurn mit einem jährlichen Beitrag von Fr. 60'500.– an den Betriebskosten der zwei nationalen Kooperationszentren in Genf und Chiasso, sofern sich mindestens 20 Kantone daran beteiligen.
2. Die finanzielle Beteiligung des Kantons Solothurn wird auf fünf Jahre bis 2007 befristet. Nach dieser Zeit soll der für den Kanton Solothurn aus dem Betrieb der Kooperationszentren resultierende Nutzen unter Berücksichtigung der Solidarität mit den anderen Kantonen überprüft werden.
3. Die Kosten gehen zu Lasten des Globalbudgets Polizei Kanton Solothurn.
4. Gestützt auf § 20 Gesetz über die Kantonspolizei wird der Regierungsrat beauftragt, dem Generalsekretariat KKJPD den Ausgabenbeschluss bezüglich der Kostenbeteiligung an den Kooperationszentren zu notifizieren.

AD 16/2003

Dringlicher Auftrag Fraktion FdP/JL: Frauenklinik Grenchen

(Wortlaut des am 28. Januar 2003 eingereichten Auftrags siehe «Verhandlungen» 2003, S. 71)

Begründung der Dringlichkeit

Kurt Fluri, FdP. Wir haben den Eindruck, dass die Diskussion über die Weiterführung der gynäkologisch-geburtshilflichen Klinik in Grenchen politisch in eine Sackgasse zu geraten droht. Es liegen der regierungsrätliche Antrag auf Schliessung sowie eine Volksmotion, welche den Status quo befürwortet, vor. Weiter liegen zwei Aufträge vor, die ein Belegarztsystem einführen wollen. Wir haben einen Auftrag eingereicht, welcher die Regierung verpflichtet, innert Jahresfrist nach Alternativen zu suchen. Wenn man den Antrag der SP und den überparteilichen Antrag dringlich erklärt – und das werden wir tun –, so sollte man auch unsern Auftrag dringlich erklären, damit die drei Schienen weiterverfolgt werden können. Weitere Alternativen sind nicht mehr möglich. Daher sollte man alle drei Aufträge im gleichen Tempo und unter den gleichen zeitlichen Rahmenbedingungen behandeln. Ich bitte Sie, unsern Auftrag dringlich zu erklären.

AD 7/2003

Dringlicher Auftrag überparteilich: Frauenklinik Grenchen

(Wortlaut des am 28. Januar 2003 eingereichten Auftrags siehe «Verhandlungen» 2003, S. 70)

Begründung der Dringlichkeit

Jean-Pierre Summ, SP. Ich spreche zu den beiden andern dringlichen Aufträgen. Sie liegen inhaltlich nahe beieinander; ich habe sie beide als Erster unterzeichnet. Die Aufträge sind nicht neu, sondern wurden bereits in der Dezembersession eingereicht. Leider konnte die Vorlage zur Schliessung der Frauenklinik noch nicht traktandiert werden, weil sie von den verschiedenen Kommissionen noch nicht behandelt wurde. Die Vorstösse gehören zur Schliessungsvorlage; es macht keinen Sinn, sie erst im März zu diskutieren. Die Unsicherheit bleibt bestehen; die Lage des Personals wird immer schwieriger. Schlussendlich bringt die Verzögerung niemandem etwas. Es ist daher unabdingbar, die beiden Aufträge zusammen mit der Schliessungsvorlage zu behandeln.

AD 6/2003

Dringlicher Auftrag Fraktion SP: Frauenklinik in Grenchen

(Wortlaut des am 28. Januar 2003 eingereichten Auftrags siehe «Verhandlungen» 2003, S. 70)

Begründung der Dringlichkeit

Keine Bemerkungen

ID 15/2003

Dringliche Interpellation der Kantonsräte von Oensingen, Thal und Gäu: Verlegung Bereich Technik der Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz

(Wortlaut der am 28. Januar 2003 eingereichten Motion siehe «Verhandlungen» 2003, S. 70)

Begründung der Dringlichkeit

Rudolf Burri, SP. Heute, anlässlich der ersten Session des neuen Jahres und mehr als einen Monat nach dem Entscheid des Regierungsrats ist es an der Zeit, uns über die finanziellen Auswirkungen detailliert ins Bild setzen zu lassen. Die Regierung soll die finanziellen Fakten in der Planungsphase bekannt geben. Es soll nicht so sein, dass wir erst im Nachhinein von bereits ausgegebenem Geld Kenntnis nehmen können. Es geht auch darum, der betroffenen Region und dem Kantonsrat jetzt zu erklären, welche Fakten den Entscheid des Regierungsrats derart dringlich gemacht haben. Unsere Region interpretiert die Debatte des Kantonsrats vom 18. Dezember 2002 anders. Sie haben damals den entsprechenden Antrag angenommen. Mit Blick auf den allgemeinen Spardruck im Kantonsrat sowie auf die Nachtragskredite, welche wir hier behandeln müssen, und auch mit Blick auf die betroffene Region bitte ich Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen und das Thema nicht bis im Mai auf die Wartebank zu setzen.

Die Verhandlungen werden von 10.20 bis 10.50 Uhr unterbrochen.

Es werden gemeinsam beraten:

AD 16/2003

Dringlicher Auftrag Fraktion FdP/JL: Frauenklinik Grenchen

(Weiterberatung, siehe S. 17)

AD 7/2003

Dringlicher Auftrag überparteilich: Frauenklinik Grenchen

(Weiterberatung, siehe S. 18)

AD 6/2003

Dringlicher Auftrag Fraktion SP: Frauenklinik in Grenchen

(Weiterberatung, siehe S. 18)

Beratung über die Dringlichkeit

Jean-Pierre Summ, SP. Die SP wird allen drei gesundheitspolitischen Vorstössen die Dringlichkeit zuerkennen.

Leo Baumgartner, CVP. Auch die CVP stimmt der Dringlichkeit aller drei Aufträge zu.

Edith Hänggi, CVP, Präsidentin. Wir stimmen ab über Dringlichkeit; das Quorum beträgt 82 Stimmen.

Abstimmung

Für dringliche Behandlung des Auftrags Fraktion FdP/JL	119 Stimmen
Für dringliche Behandlung des Auftrags überparteilich	120 Stimmen
Für dringliche Behandlung des Auftrags Fraktion SP	113 Stimmen

Beat Käch, FdP. Ich stelle den Ordnungsantrag, dass wir als nächstes das Traktandum 186/2002 behandeln.

Abstimmung

Für den Ordnungsantrag Beat Käch	Grosse Mehrheit
----------------------------------	-----------------

ID 15/2003

Dringliche Interpellation der Kantonsräte von Oensingen, Thal und Gäu: Verlegung Bereich Technik der Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz

(Weiterberatung, siehe S. 18)

Beratung über die Dringlichkeit

Silvia Petiti, SP. Die SP-Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu. Uns geht es vor allem darum, offene Fragen und Unklarheiten zu bereinigen, und zwar so rasch wie möglich. Die betroffene Region, wir hier im Kantonsrat und nicht zuletzt Studentinnen und Studenten haben ein Recht, Auskunft über Absicht und Fakten, zu erhalten, was das Finanzielle angeht. Ebenso muss dargelegt werden, welche Entscheide zu welcher Vorlage geführt haben und wie diese begründet sind.

Ernst Zingg, FdP. Die Fachhochschule ist eine kantonale Hochschule und keine regionale Schule. Dies wurde in mehreren Beschlüssen in diesem Rat klar bestätigt. Wenn die Beantwortung der gestellten

Fragen zur Transparenz in einer wichtigen Bildungsangelegenheit – die interkantonale respektive nationale Bedeutung hat – beiträgt, so ist das zu begrüssen. Ich bin der Meinung, dass dann wirklich alles geklärt ist. In diesem Sinne stimmt die FdP/JL-Fraktion der Dringlichkeit zu.

Abstimmung

Für dringliche Behandlung der Interpellation Kantonsräte von Oensingen, Thal und Gäu 119 Stimmen

SGB 186/2002

Spital Grenchen; Schliessung der Frauenklinik

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 5. November 2002; der Beschlussesentwurf lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf § 46 Abs. 3 des Gesundheitsgesetzes vom 27. Januar 1999, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 5. November 2002 (RRB Nr. 2164), beschliesst:

1. Die Frauenklinik im Spital Grenchen wird geschlossen und mit der Frauenklinik im Bürgerspital Solothurn zusammengelegt. Die am Bürgerspital zentralisierte Frauenklinik betreibt zur Sicherstellung der Grundversorgung am Spital Grenchen ein gynäkologisch-geburtshilfliches Ambulatorium weiter.
2. Die Schliessung erfolgt ohne Personalentlassungen, die Anpassung des Stellenplanes der zentralisierten Frauenklinik im Bürgerspital Solothurn ist über die ordentliche Personalfluktuations durchzuführen.
3. Die Schliessung wird finanziell im Rahmen des Globalbudgets der Spitäler abgewickelt.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Zustimmender Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission vom 9. Dezember 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrates.

c) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 15. Januar 2003 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrates.

Eintretensfrage

Reiner Bernath, SP, Sprecher der Sozial- und Gesundheitskommission. Zuerst eine Vorbemerkung. In der Sozial- und Gesundheitskommission haben wir diese Vorlage und ihren Gegenvorschlag diskutiert. Letzterer entspricht dem Auftrag überparteilich, respektive dem Auftrag SP-Fraktion mit dem Belegarztsystem. Mit grossem Mehr haben wir uns für die Vorlage entschieden. Neu liegt nun ein dringlicher Auftrag der FdP auf dem Tisch. Wir hätten ihn gerne zuerst in der Sozial- und Gesundheitskommission besprochen. Wir müssen nun jedoch im Plenum darüber sprechen, weil es offenbar eilt. Im Plenum haben im allgemeinen – und ich bin versucht zu sagen leider – politische und nicht sachliche Überlegungen Vorrang. Wir von der Sachkommission haben uns auf sachliche Überlegungen gestützt. Oder, pathetischer ausgedrückt: Wir haben uns vor der normativen Kraft des Faktischen verbeugt. Diese Vorbemerkung war mir wichtig.

Worum geht es jetzt? Sie haben die Vorlage vor sich. Sie ist quasi die Packungsbeilage zur bitteren Pille «Schliessung der Frauenklinik Grenchen». Ich wiederhole nur die Fakten in den drei wichtigen Bereichen Personal, Medizin und Ökonomie. Zuerst zum Personellen. Die bisherige Chefärztin wechselt per 1. April nach Solothurn. Rein von den Zahlen her gesehen gibt es keine längerfristige Zukunft für sie und das Personal des Gebärsaals. Das Einzugsgebiet von 30'000 Einwohnern mit 200 bis 300 Geburten jährlich ist zu wenig für einen Präsenzdienst rund um die Uhr. Das ideale Einzugsgebiet für ein Schweizer Spital umfasst bekanntlich 100'000 Einwohner. Das heisst, die Regionen Grenchen und Solothurn zusammen ergeben eine Auslastung der Dienste. Die Vorlage macht also personaltechnisch Sinn.

Zweitens zum Medizinischen. Am zentraleren Ort der Spitalregion West, nämlich in Solothurn, kann ein grosses, kompetentes Geburtshilfezentrum aufgebaut werden. Dieses kann mehr Subdisziplinen als zwei kleine Kliniken zusammen umfassen. Davon profitieren die Neugeborenen und die Frauen der gesamten

Region, also auch die Grenchenerinnen und ihre Babys. Edith, entschuldige bitte meinen englischen Ausdruck. Die Vorlage macht also medizinisch Sinn.

Drittens zum Ökonomischen. Das Zusammenlegen zweier Gebärsäle ermöglicht die Einsparung einer Gebärsälequipe. Das bedeutet unter dem Strich mindestens fünf Stellen. Es werden also mindestens 500'000 Franken eingespart, und dies jährlich wiederkehrend. Diese Zahl wird von Spitalökonominnen bestätigt. Die Vorlage macht also auch ökonomisch Sinn. Nach dem guten SO⁺-Entscheid dieses Rats zur Regionalisierung ist es nichts als konsequent, einen zweiten konkreten Schritt in die richtige Richtung zu machen. Der erste Schritt wurde bekanntlich mit dem Auftrag zur Zusammenlegung der beiden Spitaldirektionen getan. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen noch zweifeln, so halten Sie sich doch einfach an die Fakten und vergessen sie das politische Taktieren. Also dreimal tief durchatmen, mit frischem Kopf nachdenken und dann eintreten und zustimmen. Dies ist eine Empfehlung der Solothurner Kommission für Gesundheit.

Kurt Fluri, FdP. Es geht um fünf Geschäfte, die im Zusammenhang diskutiert werden müssen, nämlich um das vorliegende Geschäft, die Volksmotion und die drei dringlich erklärten Aufträge. Die FdP/JL-Fraktion tritt auf das Geschäft 186/2002 ein, stellt jedoch den Antrag, dieses zurückzuweisen. Für dieses Vorgehen gibt es in unserer Fraktion zwei Motivationen. Die eine stützt sich auf sach- regional- und finanzpolitische Gründe. In Anbetracht der bestrittenen – und falls vorhanden nicht allzu massiven – Einsparungen, die durch die Schliessung der Frauenklinik Grenchen erzielt werden könnten, in Anbetracht von behaupteten und offenbar notwendigen Mehrauslagen im Bürgerspital Solothurn und in Anbetracht der Bedeutung der Frauenklinik für das Spital und dessen Bedeutung für die Stadt und die Region Grenchen weist ein Teil der Fraktion die Schliessung der Frauenklinik zurück. Andere sind aus referendumpolitischen Gründen dagegen. Wenn wir morgen den Antrag der Regierung gutheissen, kommt es mit Sicherheit zu einem Referendum. Dieses hat von uns aus gesehen grosse Chancen, vom Volk gutgeheissen zu werden. Damit würde der heutige Zustand zementiert, was letztlich die Regionalisierung – Stichwort Region West – gefährden würde. Wir hätten dann nämlich einen Volksentscheid der innert zweier Jahre nur schwerlich relativiert oder gar umgestossen werden könnte. Wir können daher den Antrag der Regierung nicht unterstützen, wollen ihn aber nicht einfach ablehnen. Das Thema muss weiter diskutiert werden. Diese Diskussion muss mit den erwähnten Aufträgen geführt werden. Daher verlangen wir Eintreten und Rückweisung. Die Volksmotion werden wir ablehnen, um in Hinblick auf die Regionalisierung nichts zu präjudizieren.

Esther Bossart, SVP. Die SVP beantragt Ihnen, auf das vorliegende Geschäft nicht einzutreten. Der Grund ist sachlicher Natur. Kein Geschäft der letzten Zeit enthielt so viele Widersprüche und Ungereimtheiten. Wir betrachten das Vorgehen der Regierung für unhaltbar. Es ist eine Salamtaktik, wird doch der Kantonsrat vor vollendete Tatsachen gestellt. Anscheinend wurde dem Personal der Frauenabteilung in Grenchen bereits gekündigt, oder die Betroffenen sind freiwillig gegangen. Am 31. März wird die entsprechende Abteilung in Grenchen ohne Pflegepersonal dastehen. Trifft es zu, dass das Personal per 1. April 2003 bereits neue Verträge im Bürgerspital hat? Aus welchem Grund wurden mit dem RRB 2003/46 Investitionen von 700'000 Franken für den Umbau beschlossen, obwohl die Regierung genau wusste, dass die Schliessung der Frauenklinik Grenchen im Kantonsrat umstritten sein würde? Dabei spielt es keine Rolle, dass es sich um Reserven des Bürgerspitals handelt; auch dies sind Steuergelder.

Nun zu den Details. Erstens. Dass bei der Schliessung der Frauenklinik in Grenchen entsprechende Kosten wegfallen, ist unbestritten. Unklar ist jedoch, ob mit der vorgeschlagenen Lösung tatsächlich gespart wird, ob die Ausgaben einfach verlagert werden oder schlussendlich sogar Mehrkosten anfallen werden. Wie unsicher Aussagen über das Sparpotenzial sind, zeigen Widersprüche zwischen HFOCUS und der Regierung. Auch die objektiven Zahlen ergeben ein zwiespältiges Bild. In der Frauenklinik Grenchen wurden im Jahr 2001 pro Fall 539 Franken weniger ausgegeben als im Bürgerspital. Bei 828 Fällen wurden also rund 446'000 Franken weniger aufgewendet. Grenchen ist also kosteneffizienter als Solothurn. Der Deckungsgrad der Frauenklinik Grenchen betrug im Jahr 2001 55 Prozent. Im Bürgerspital Solothurn betrug er 41 Prozent. Der öffentliche Beitrag pro Fall ist somit in Solothurn um 1026 Franken höher als in Grenchen. Auf der Basis von über 800 Fällen in Grenchen könnte das rein rechnerisch in Solothurn eine Erhöhung des Staatsbeitrags um 850'000 Franken zur Folge haben. Hinzu kommt, dass die Fixkosten bei den in Grenchen verbleibenden Fällen tendenziell ansteigen, da die kostengünstigen Geburten nicht mehr mithelfen, den Kostendurchschnitt tief zu halten. Der Spareffekt in Grenchen muss zu Recht hinterfragt werden. Oder anders ausgedrückt: Regierung und Verwaltung sind uns den Beweis einer tatsächlichen Kostenreduktion schuldig geblieben.

Zweitens. Die Annahme, die Geburtenzahl im Bürgerspital Solothurn von heute zirka 400 pro Jahr wachse durch das Potenzial Grenchens – heute 259 pro Jahr – auf über 500 pro Jahr an, ist eine reine Hypothese. Man muss bedenken, dass 75 Prozent der in Grenchen behandelten Frauen zusatzversichert sind.

So kann angenommen werden, dass sie eher die Klinik Obach oder ein anderes Privatspital auch ausserhalb des Kantons aufsuchen.

Drittens. Im RRB wird in Kapitel 3.1 explizit darauf hingewiesen, dass durch die Zusammenlegung keine Entlassungen vollzogen werden. Das Personal in Grenchen betreute bisher 259 Geburten und 300 gynäkologische Fälle pro Jahr. Gemäss den Zielsetzungen des Regierungsrats wird das gleiche Personal in Zukunft 40 Prozent weniger Patienten pflegen müssen. Wie damit eine höhere Wirtschaftlichkeit erreicht werden soll, ist zumindest erklärungsbedürftig. Bedenkt man weiter, dass die Personalkosten im gesamten Gesundheitswesen den wesentlichsten Kostenfaktor darstellen – Experten sprechen von bis zu 90 Prozent –, darf zu Recht gefragt werden, wie die Kosten gesenkt werden sollen.

Viertens. Die regierungsrätliche Vorlage sieht zudem die Erweiterung des Therapiespektrums und des Leistungsangebots vor. Es ist klar, dass dieses Ziel zu beträchtlichen Mehrkosten führt.

Fünftens. Volks- und betriebswirtschaftliche Vergleiche kann man nur machen, wenn man Äpfel mit Äpfeln und Birnen mit Birnen vergleicht. Auf das vorliegende Beispiel übertragen heisst das, man hätte sich überlegen müssen, was eine Schliessung der Frauenklinik Grenchen im Vergleich mit einer Redimensionierung von Solothurn bringen würde. Dies wurde nicht gemacht; Solothurn ist eine heilige Kuh. Angesichts der Tatsache, dass in Solothurn in den nächsten Jahren unbestrittenerweise Investitionen von gesamthaft 80 bis 100 Mio. Franken anstehen, Grenchen aber zeitgemäss und gut ausgebaut ist, wäre es möglich gewesen, Solothurn zu verkleinern und die Frauenklinik in Grenchen geringfügig auszubauen und zu erhalten. Laut HFOCUS hätte eine Konzentration der Frauenklinik in Grenchen keinerlei Mehrkosten zur Folge. Berechnungen zufolge liesse sich sogar eine Einsparung von 1 Mio. Franken jährlich erzielen.

Sechstens. Der Fairness halber hätte die Regierung den Grenchnern auch eine Alternative in Richtung Privatisierung und Eigenständigkeit bieten können. Der Wille hätte signalisiert werden können, ein Spital Grenchen mit einer privaten Gynäkologie in eine kantonale Spitalliste mit Leistungsauftrag aufzunehmen. Dagegen wehrt sich der Regierungsrat jedoch.

Zum Schluss möchte ich eine Frage an den Finanzdirektor richten, die angesichts des vorgesehenen Umfangs des Personalwechsels nicht unwesentlich ist. Wer deckt die versicherungstechnische Unterdeckung des Grenchner Personals in der staatlichen Pensionskasse bei einem Wechsel ins Bürgerspital? Müssen diese Kosten nicht auch von der Staatskasse übernommen werden? Nach eingehender Beurteilung der genannten Fakten kommt die SVP zum Schluss, dass Nichteintreten der richtige Entscheid wäre. Entscheidet sich die Ratsmehrheit für Eintreten, so wird die SVP den Auftrag der FdP unterstützen, der eine ganzheitliche Beurteilung und längerfristige Betrachtungshorizonte verlangt. Als kurz- und mittelfristige Lösung unterstützt die SVP-Fraktion den überparteilichen Auftrag, der die Weiterführung der Gynäkologie in Grenchen mit dem Belegarztsystem verlangt. Zur Volksmotion möchte ich Folgendes sagen. Wir Kurt Fluri gesagt hat, bedeutet sie eine Zementierung der jetzigen Lage. Man hat keine Möglichkeit, etwas zu ändern. Daher werden wir die Volksmotion nicht erheblich erklären.

Magdalena Schmitter, SP. Ich spreche für die Mehrheit der SP-Fraktion, wenn auch nicht für eine einstimmige Fraktion. Wir alle wissen, dass das vorliegende Geschäft ein heisses Eisen ist. Heiss, weil der Entscheid von grosser Tragweite ist, weil viele Annahmen und Vermutungen offenbar ungeklärt sind, weil eine Region davon betroffen ist, die sich immer wieder an den Rand und in die Defensive gedrängt wird und weil viele Emotionen, um nicht zu sagen Herzblut, dahinter stecken. Die Beschlüsse der Regierung – terminmässig zumindest unsensibel platziert – sorgen zusätzlich für heisse Köpfe. Aber trotz aller Hitze will die SP-Fraktion auf das Geschäft eintreten. Dabei sind uns die folgenden drei Punkte wichtig. Erstens muss unserer Meinung nach in dieser Session ein Entscheid gefällt werden, vor allem damit das betroffene Personal weiss, wie es kurz- und mittelfristig weitergeht. Zweitens soll nichts zementiert werden. Wir streben eine flexible und entwicklungsfähige Lösung an. Drittens muss der Zusammenschluss der beiden Spitäler zur Spitalregion West weitergeführt werden.

Zum Entscheid in dieser Session. Auf das Geschäft gar nicht einzutreten ist zwar auch ein Entscheid. Die Frauenklinik bleibt dann offen. Dies bedeutet jedoch, dass man sich dem Mitreden und Mitdenken entzieht. Und das ist nicht die Aufgabe des Parlaments. Ebenso wenig ist es die Aufgabe des Parlaments, alles kopfnickend anzunehmen, was uns die Regierung präsentiert. Das Geschäft zurückzuweisen, wie das die FdP beantragt, ermöglicht weitere Abklärungen, beispielsweise in der Richtung des FdP-Auftrags. Zu einem späteren Zeitpunkt können diese Abklärungen in die Entscheidung mit einbezogen werden. Was geschieht jedoch in der Zwischenzeit mit der Frauenklinik. Wer würde noch dort arbeiten wollen? Eine Rückweisung bedeutet doch, dass die Frauenklinik Grenchen geschlossen wird – mit oder ohne Entscheid des Kantonsrats. Es sei denn, wir erteilen gleichzeitig einen Auftrag, der eine Aussage zur Weiterführung der Frauenklinik macht, so wie dies beim Auftrag der SP und dem überparteilichen Auftrag der Fall ist. Wenn wir Verantwortung übernehmen wollen, und dafür sind wir ja gewählt, so müssen wir morgen zu dieser Vorlage eine klare Aussage machen.

Zur flexiblen und entwicklungsfähigen Lösung. Wie bereits erwähnt würde bei einem Ja zur Schliessung das Referendum ergriffen. Spitalschliessungen, auch solche auf Raten, haben bei der Bevölkerung erfahrungsgemäss keine Chance. Nach einem negativen Volksentscheid sind uns jedoch auf Jahre hinaus die Hände gebunden und der Status quo wird zementiert. Das wollen wir nicht. Dies gilt aber auch, wenn wir morgen der Grenchner Volksmotion zustimmen würden. Ich kann schon heute sagen, dass diese von der SP abgelehnt wird.

Zur Zusammenführung der beiden Spitäler zur Spitalregion West. Mehrmals haben wir hier gehört, dass wir mit zu knappen Mitteln unrentable Spitalstrukturen erhalten. Diese Aussage kennen wir. Der Rat hat entschieden, dass die Spitäler zu drei Spitalregionen zusammengeführt werden sollen. Daran hält die SP-Fraktion fest. Wir sind der Meinung, die weitere Zusammenführung müsse ausgehandelt werden. Hier sind noch verschiedene Varianten denkbar. Sicher kann Grenchen nicht einfach für die Erhaltung des heute bestehenden Spitals plädieren. Wichtig ist, dass die Lösung von den Beteiligten mitgetragen wird. Die Erarbeitung eines Kompromisses braucht offenbar noch mehr Zeit.

Unsere Fraktion hat einen Auftrag formuliert, der heute dringlich erklärt wurde. Wir sehen eine Möglichkeit, den Betrieb weiterzuführen, ohne die Frauenklinik mit einem Chefarzt zu besetzen, und gleichzeitig an einer einvernehmlichen Lösung zu arbeiten. Beatrice Heim hat als Präsidentin der Sozial- und Gesundheitskommission zusammen mit weiteren Kommissionsmitgliedern schon früh entsprechende Gespräche mit Grenchner Vertretern geführt. Die Bereitschaft, auf dieser Basis weiterzuarbeiten, ist vorhanden. Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten, der Schliessung jedoch nicht zuzustimmen und morgen unsern Auftrag erheblich zu erklären.

Leo Baumgartner, CVP. Seit geraumer Zeit besteht ein Konsens bezüglich der Regionalisierung der solothurnischen Spitäler. Das Ziel stimmt, und die Richtung war, so meine ich, unbestritten. In der Vorlage zur Schliessung der Frauenklinik Grenchen ist der eingangs erwähnte rote Faden nicht mehr für alle ersichtlich. Denn, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, machen wir uns nichts vor. Mit der Schliessung der Grenchner Frauenklinik geht es schlussendlich um das unmittelbare Sein oder Nichtsein des Spitals Grenchen. Deshalb ist die heikle, präjudizierende und zukunftsbestimmende Vorlage so brisant. Somit ist es kein Wunder, dass die Meinungen in unserer Fraktion wie kaum zuvor gespalten sind. Das hat zu einer Patt-Situation geführt. Wir anerkennen die offensichtlichen Bemühungen unserer Regierung, im gesundheitspolitischen Kontext Lösungen zu finden. Doch für viele von uns gibt es Aussagen, die nicht ausreichend oder unklar sind. So ist zum Beispiel eine klare Übersicht über die finanziellen Folgen nicht vorhanden. Wir hinterfragen die Geburtsplanungs zahlen; offenbar wurde ein Anteil vergessen. Keine Antworten sind auf die Frage nach der Einführung eines Belegarztsystems vorhanden. Viele unter uns fragen sich deshalb zu Recht, ob dies der einzig richtige und verhältnismässige Weg ist. Sind nicht andere, ganzheitlichere, ausgewogene, patientenfreundliche und dem offensichtlichen Wunsch der Grenchner Bevölkerung entgegenkommende Lösungsmöglichkeiten denkbar? Könnten, wie die FdP dies vorschlägt, neue Szenarien erarbeitet werden?

Viele von uns argumentieren, dass betriebswirtschaftliche Aspekte für das vorgeschlagene Vorgehen sprechen. Andere sehen dies als eine eher isolierte Betrachtungsweise im Sinne einer Rationierung anstelle der Rationalisierung. Das Spital Grenchen hat aus meiner Sicht eine Gesamtüberprüfung verdient. Die Frauenklinik als eigentliches «Filetstück» weist ein hervorragendes Rating auf, was unsere Aufgabe nicht leichter macht. Sicher müssen wir Nägel mit Köpfen machen, aber es wäre fatal, wenn wir sie falsch einschlagen würden. Vergessen wir bei unseren Evaluationen nicht, dass der Gesunde die Bedeutung einer positiven Spitalatmosphäre, welche ein Stück Hoffnung zurückgibt, nur ansatzweise wahrnehmen kann. Dies im Gegensatz zu demjenigen, der krank ist und echt leidet. Nachdem die Aufträge dringlich erklärt wurden, sind wir gespannt auf die Erklärung von Regierungsrat Rolf Ritschard zum – laut gestrigen Medienberichten – beschlossenen Ausbau der Frauenklinik im Bürgerspital Solothurn im Umfang von 700'000 Franken sowie auf seine Reaktion zu einer Publikation im Bulletin des Solothurner Spitals mit folgendem Wortlaut: «Der Kantonsrat wird in den Tagen um das Erscheinungsdatum dieses Bulletins über den Antrag des Regierungsrats betreffend Schliessung der Frauenklinik in Grenchen entscheiden. Ob er dafür oder dagegen ist, ist für uns auf der operativen Ebene kurzfristig nicht relevant. Unser Auftrag bleibt von politischen Entscheiden unabhängig. Am 1. April 2003 muss das Bürgerspital Solothurn bereit sein, die Patientinnen der gesamten Spitalregion Solothurn West gynäkologisch und geburtshilflich zu versorgen. In Grenchen wird mindestens kurzfristig aus personellen Gründen keine adäquate Klinikstruktur mehr zur Verfügung stehen.» Der Verfasser dieses Texts ist Hans-Peter Wyss, Direktor ad interim des Bürgerspitals Solothurn. In diesem Sinne ist die CVP für Eintreten.

Simon Winkelhausen, FdP. Als Einzelsprecher vertrete ich die Meinung von praktisch allen Kantonsräten des oberen Leberbergs, die sich sehr intensiv und so sachlich wie möglich mit der Vorlage befasst haben. Wir sind uns sicher alle darüber einig, dass die Entwicklung der Kosten im Gesundheitswesen und spezi-

ell in den Spitälern eine höchst beunruhigende Form angenommen hat. Mit den SO⁺-Massnahmen 42 und 43 hat der Kantonsrat das dringend notwendige Gegensteuer bereits gegeben. Damit wurden die Voraussetzungen für eine Regionalisierung der Spitäler und die Erarbeitung eines neuen Spitalgesetzes geschaffen. Ziel ist es, die Kosten mittelfristig entsprechend zu senken. Die zwei laufenden Prozesse ergeben erst eine kostenwirksame und nachhaltige Lösung, wenn sie abgeschlossen sind. Daher hat der Regierungsrat im Juli 2002 richtigerweise beschlossen, das bestehende Leistungsangebot im Spital Grenchen in den nächsten zwei Jahren weiterzuführen. Aus völlig unverständlichen Gründen wurde offensichtlich kurz nach diesem Entscheid auf der Linie Departement des Innern, Spitalamt und Bürgerspital eine beispiellose Kampagne gegen das Spital Grenchen gestartet. Zuerst wurde Frau Dr. Maurer abgeworben, indem man ihr in Solothurn die Stelle als Chefärztin Gynäkologie anbot. Anschliessend wurde dem Spital Grenchen verboten, die Stelle neu zu besetzen. Zu guter Letzt verabschiedete der Regierungsrat den jetzt vorliegenden Schliessungsantrag für die Frauenklinik in Grenchen. Was sich der Regierungsrat und die Spitalverantwortlichen von diesem Zeitpunkt an geleistet haben, werden wir anschliessend noch von Kantonsrat Hubert Bläsi hören. Tatsache ist, dass das Spital Grenchen unter allen solothurnischen Spitälern die besten betriebswirtschaftlichen Zahlen hat. Mit der Zentralisierung der Gynäkologie im Bürgerspital werden nur die variablen Kosten und die Personalkosten nach Solothurn transferiert. Auf der Ertragsseite werden die Patientinnen und Patienten in die umliegenden Privatkliniken Obach und ausserkantonale nach Biel abwandern. Die Regierung mit ihrer sicher nicht pessimistischen Einschätzung rechnet selbst damit, dass mit der Zentralisierung in Solothurn von den 250 bis 300 Geburten in Grenchen lediglich deren 100 übernommen werden können. Wo bleibt da der Spareffekt? Gleichzeitig bleiben in Grenchen die Fixkosten erhalten. Bis zur definitiven Lösung in Sachen Spitalregion West können sie nicht gesenkt werden. In der Vorlage wird von einem von HFOCUS errechneten Einsparungspotenzial bei einer Zentralisierung von 1 Mio. Franken gesprochen. Verschwiegen wird, dass diese Einsparung bei einer Zentralisierung in Grenchen erzielt wird. Die vorliegende Variante einer Zentralisierung im Bürgerspital wurde weder im HFOCUS-Bericht noch von einer anderen unabhängigen Institution seriös berechnet. Trotzdem schätzt der Regierungsrat das Sparpotenzial auf 200'000 bis 500'000 Franken. Es ist klar, dass sich der Regierungsrat zugunsten seiner eingeschlagenen Strategie verschätzt. Jeder Kantonsrat, der den Gedanken der Schliessung der Frauenklinik mitgetragen hat, war von der Überzeugung geleitet, damit für den Kanton Geld zu sparen. Alle haben gesagt, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Glücklicherweise hat in den letzten Wochen unter zunehmendem Informationsstand in den Fraktionen ein Meinungsumschwung stattgefunden. So kann nach letzten Umfragen morgen mit einer Ablehnung der Schliessungsvorlage gerechnet werden, falls der Rat auf die Vorlage eintritt. Allerdings ist mit dieser Ablehnung auch die Verpflichtung verbunden, mit den jetzt dringlich erklärten drei Aufträgen den richtigen Weg zu verfolgen. Die Umsetzung der zwei SO⁺-Massnahmen ist mit dem Ziel einer ganzheitlichen Lösung unter Einbezug aller Aspekte und mit einer echten Einsparung zu erzielen. Sollten wir heute Eintreten und Rückweisung der Vorlage beschliessen, signalisieren wir der Regierung, dass wir die Mogelpackung, die auf dem Tisch liegt, nicht als solche erkannt haben. Wir signalisieren, dass wir nicht realisiert haben, dass damit kein Geld gespart wird, sondern über Jahre mehr Geld ausgegeben wird. Dies gilt, bis eine definitive Lösung für die Spitäler der Region West vorliegt und umgesetzt wird. Aus diesen Gründen fordere ich Sie dazu auf, ein Zeichen zu setzen, dass es so nicht geht. Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten.

Reiner Bernath, SP. Ich möchte mich zum Votum der CVP in Sachen Rationierung äussern. Unter Rationierung versteht man den Abbau von Leistungen. Ich muss wiederholen, dass das Gegenteil der Fall ist. Mit der Zentralisierung wird das Angebot medizinisch besser, weil es mehr Subdisziplinen gibt. Das Angebot wird für alle ausgebaut, auch für die Grenchnerinnen und Grenchner und ihre Babys.

Hubert Bläsi, FdP. Noch nie musste ich in meinem politischen Wirken das Wort «unglaublich» so häufig bemühen. Im Sommer 2002 wurde versprochen, im Spital Grenchen bis 2004 – respektive bis sinnvolle Regionalisierungslösungen vorliegen – den Status quo aufrecht zu erhalten. Seither haben Regierung und Verantwortliche des Bürgerspitals in unglaublicher Weise nichts ausgelassen, um den jetzt anstehenden Entscheid des Kantonsrats vorwegzunehmen. Die Abwerbung der Chefärztin wurde bereits erwähnt. Dass man ihr den dazugehörigen Brief auch noch selbst formuliert mitgeliefert hat, soll hier nur eine Randnotiz sein. Die Angestellten der Frauenklinik Grenchen wurden mit dem Hinweis, sie seien sonst ab April 2003 arbeitslos, zur Kündigung in Grenchen gedrängt und bereits im Bürgerspital per Vertrag angestellt. In der Presse wurden etliche teure PR-Kampagnen – so genannte Publi-Reportagen – für die Abteilung Gynäkologie im Bürgerspital gestartet. Die Bearbeitung der beiden Aufträge, welche die Schliessungsvorlage ersetzt hätten, wurden verzögert, damit sie zum Zeitpunkt der Traktandierung von den Ereignissen überholt und überflüssig geworden wären. Am letzten Dienstag hat der Regierungsrat Investitionen in der Höhe von 700'000 Franken für die Errichtung einer gynäkologischen Dop-

pelpraxis ausserhalb des Haupttrakts im Bürgerspital beschlossen. Über die Verantwortlichkeit für das durch diese Machenschaften zum Fenster herausgeworfene Geld wird man im Nachgang noch diskutieren müssen. Es interessiert uns, ob die Investitionen für eventuelle Rückbaumassnahmen – wenn nämlich in wenigen Jahren eine Chefärztin nicht mehr im Bürgerspital arbeitet und das heute übernommene und bis dahin überflüssige Personal abgebaut wird – auch bereits beschlossene Sache sind. Aus dieser Sicht können wir der vorgeschlagenen Aufhebung der Frauenklinik nichts Positives abgewinnen. Mit Schrecken stellt man fest, dass diese Sache bis heute lediglich grosse Summen verschlungen hat, zum Beispiel den HFOCUS-Bericht, Coaching, PR-Aktionen usw. Der einzige dabei erkennbare Effekt ist die Schikanierung der Bevölkerung in der Region Grenchen. 14'000 Menschen haben mit ihrem Namen kundgetan, was sie von solchen Machenschaften halten. Ihnen und allen Kantonsrätinnen und Kantonsräten, die erkennen, dass man in einer Demokratie nicht so miteinander umgeht, danke ich an dieser Stelle für die Unterstützung in diesem Geschäft.

Walter Schürch, SP. Ich möchte zuerst etwas zu den Spitälern generell sagen. Welche Art von Spitälern möchten die Einwohner des Kantons Solothurn? Brauchen wir grosse Spitalzentren mit grossen Einzugsgebieten, mit tollen Sub-Spezialisten aller Art, die je nur entweder das linke Knie operieren oder das Schultergelenk auswechseln dürfen? Es gibt so genannte Experten, die träumen vom Zentrum. Patienten werden in grossen Scharen und in der Anonymität operiert und gepflegt. Man weiss jedoch, dass das Pendel in absehbarer Zeit wieder auf die andere Seite schwingen wird – von zentral nach dezentral, von unübersichtlich in Richtung übersichtlich und von der Anonymität hin zur menschlichen Wärme. Die kleinen dezentralen Bezirksspitäler, in welchen man eine gewöhnliche Lungenentzündung oder einen Herzinfarkt auskurieren kann, werden dannzumal jedoch nicht mehr existieren. Die gleichen Experten werden wieder nach Solothurn kommen und uns vorrechnen, welche sozialen Kosten diese Mammutspitäler verursachen. Wieder werden sie in teuren Expertisen kleinere und menschlichere Spitäler zu verkaufen versuchen. Übrigens hat das Spital Grenchen genau die Grösse, die von Privatspitalsketten wie beispielsweise Hirslanden angestrebt wird.

Letzte Woche erhielt ich den Regierungsratsbeschluss 2003/46 vom 21. Januar zugestellt, der am nächsten Donnerstag in der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission behandelt werden soll. In diesem Beschluss heisst es, der Kantonsrat werde den Antrag des Regierungsrats betreffend Schliessung der Frauenklinik im Spital Grenchen voraussichtlich im Januar 2003 beraten. Dieser Entscheid sei jedoch für das Bürgerspital kurzfristig nicht relevant. Frau Dr. Franziska Maurer wird per 1. April 2003 ihre Stelle als Chefärztin der Frauenklinik im Bürgerspital Solothurn antreten. Eine grosse Anzahl Patientinnen werde ihr nach Solothurn folgen. Diese Behauptung zweifle ich stark an. Ich glaube nicht, dass viele Patientinnen Frau Maurer nach Solothurn folgen werden. Auf jeden Fall weisen Aussagen vieler Frauen auf das Gegenteil hin. Unter Ziffer 2, Dringlichkeit, steht ein Satz, der mich sehr wütend gemacht hat. Infolge des grossen Zulaufs seitens des Teams der Frauenklinik in Grenchen könne die von der Spitalleitung des Bürgerspitals angestrebte Ideallösung, die gesamte Frauenklinik auf dem Geschoss F unterzubringen, nicht umgesetzt werden. Wie bereits erwähnt wurde, hat man das Personal vor die Alternative gestellt, nach Solothurn zu kommen oder den Arbeitsplatz zu verlieren. Es dränge sich eine Doppelpraxis Dr. F. Maurer und Dr. A. F. Haenel im Pavillon Süd auf. Aus diesem Grund müssten im Bürgerspital Solothurn dringend 700'000 Franken investiert werden. Es wird noch erwähnt, diese Investitionen würden grosszügigerweise vom Bürgerspital übernommen. Wir haben schliesslich in letzter Zeit das Globalbudget des Bürgerspitals erhöht. Das Vorgehen zeigt mir, dass man der Meinung ist, das Geschäft sei bereits gelaufen, und dass der Kantonsrat überhaupt nicht ernst genommen wird. Dies unter dem Motto: «Die haben zu tun und zu bewilligen, was wir sagen.»

Bei einer Zentralisierung der Frauenklinik in Grenchen kann man pro Jahr 1,2 Mio. Franken einsparen. Gleichzeitig müssen keine 700'000 Franken an Investitionen getätigt werden. Dies ist ein Unterschied von 2 Mio. Franken. In diesem Sinn bin ich für Nichteintreten.

Hans Rudolf Lutz, SVP. Magdalena Schmitter sagte in ihrem Votum, die Mehrheit der SP-Fraktion trete auf die Vorlage ein, sei aber gegen die Schliessung der Klinik. Welches ist der Titel dieser Vorlage? Er lautet «Schliessung der Frauenklinik». Im Beschlussesentwurf heisst es unter Ziffer 1: «Die Frauenklinik im Spital Grenchen wird geschlossen.» Unter Ziffer 2 heisst es: «Die Schliessung erfolgt ...». Es ist klar, worum es bei dieser Vorlage geht, nämlich um die Schliessung der Frauenklinik in Grenchen. Da keine Termine genannt werden, muss ich davon ausgehen, dass die Schliessung per sofort erfolgen soll. Wer gegen die Schliessung ist, muss logischerweise für Nichteintreten auf diese Vorlage sein. Das gleiche gilt auch für die FdP, die für Eintreten und Rückweisung ist. Im Grunde genommen wollen sie auf die Vorlage ebenfalls nicht eintreten. Das legen sie mit ihrem Auftrag dar, der verlangt, die ganze Sache sei aufzurollen und zu überprüfen. Ich bitte Sie, für Nichteintreten zu stimmen.

Theo Heiri, CVP. Vieles wurde bereits gesagt; ich kürze mein Votum daher etwas ab. Wir haben einen ersten Vorgeschmack dessen erhalten, was auf uns zukommen wird. Dieser Tage wurden Investitionen von 0,7 Mio. Franken bewilligt. Der Umzug im Bürgerspital Solothurn kann losgehen, weil die Frauenklinik entgegen den ursprünglichen Plänen doch nicht an einem Ort untergebracht werden kann. Im regierungsrätlichen Papier ist von der Steigerung der Fachkompetenz und der medizinischen Qualität gesprochen. Dies klingt so, als wäre diese Qualität bis jetzt nicht oder nur ungenügend vorhanden gewesen. Die Frauenklinik in Grenchen hatte in den letzten Jahren keine Todesfälle von Neugeborenen zu beklagen. In Solothurn gab es deren acht. Dabei ist zu bemerken, dass die schwierigen Fälle nicht von Grenchen nach Solothurn verlegt wurden, sondern direkt nach Bern. Grenchen hat bereits heute einen neonatologischen 24-Stunden-Betrieb. Im Bürgerspital muss dieser zuerst aufgebaut werden. Gleichzeitig will man ein gynäkologisch-geburtshilfliches Kompetenzzentrum aufbauen. Das Therapiespektrum und das Leistungsangebot sollen erweitert werden. Das muss ich so interpretieren, dass mit dem Ausbau der Leistungen und der Angebote Kosten eingespart werden. Das allerdings wäre im Gesundheitswesen eine absolut sensationelle und noch nie dagewesene Glanzleistung. Zusätzlich muss die nicht zu vernachlässigende Konkurrenz durch die Privatklinik Obach berücksichtigt werden.

Reiner Bernath hat gesagt, durch die Schliessung des Gebärsaals könnten fünf Stellen abgebaut werden. Wie bereits erwähnt soll das gesamte Personal übernommen werden, die Zahl der Patienten wird um 40 Prozent abnehmen und an ein und demselben Ort werden zwei Chefärzte tätig sein. Wie soll es möglich sein, dass dies günstiger zu stehen kommt? In den letzten Wochen habe ich festgestellt, dass viele Leute, auch Kantonsrätinnen und Kantonsräte, desinformiert wurden. Einige haben jedoch glücklicherweise rechtzeitig begriffen, worum es geht. Unser Gesundheitswesen muss umgebaut werden, darin sind sich alle einig. Dies soll jedoch nicht durch kostentreibende Hau-ruck-Übungen erfolgen. Auf die überstürzte, unausgereifte und planwirtschaftliche Vorlage kann ich nicht eintreten.

Gerhard Wyss, FdP. Mit Erstaunen habe ich gestern zur Kenntnis genommen, dass die Regierung 700'000 Franken bewilligt hat. Ich habe sofort die Botschaft hervorgehoben und nach einer Begründung für diese Ausgaben gesucht. Ich habe nichts gefunden. Herr Regierungsrat Rolf Ritschard wurde anlässlich einer Sitzung der Sozial- und Gesundheitskommission einmal gefragt, ob bei einer Verlegung der Frauenklinik von Grenchen nach Solothurn investiert werden müsse. Im entsprechenden Protokoll der Sozial- und Gesundheitskommission vom 9. Dezember 2002, Seite 204, konnte ich nachlesen, dass er uns gesagt hat, bei einer Zusammenlegung der beiden Kliniken würden keine zusätzlichen Investitionen anfallen. Liebe Regierungsräte, macht doch nicht solche Sachen! Sonst heisst es doch wieder im Volk: «Die da oben machen ja doch was sie wollen.» Ich will euch empfehlen, keine solchen Sachen zu machen.

Magdalena Schmitter, SP. Ich möchte auf die Belehrung von Hans Rudolf Lutz antworten. Man kann sich darüber streiten, wie man das machen will. Für uns ist es wichtig, darüber zu sprechen und die Fakten auf den Tisch zu legen. Mit einer Ablehnung der Vorlage können wir sagen: «So wollen wir das nicht.»

Kurt Friedli, CVP. Ich komme mir – nebst der Sozial- und Gesundheitskommission – bald als einsamer Rufer vor. Ich halte es für bewundernswert, dass die Grenchner innert kurzer Zeit 14'000 Unterschriften für die Erhaltung ihrer Frauenklinik zusammengebracht haben. Das zeigt einmal mehr die emotionale Bindung an die Spitäler auf. Ich frage mich jedoch, ob wir solche Themen in Anbetracht der unaufhaltbaren Kostensteigerung im Gesundheitswesen noch, respektive ausschliesslich emotional abwickeln dürfen. Der Regierungsrat hat meiner Ansicht nach die Richtung aufgezeigt, indem er in seiner Spitalstrategie deutlich zum Ausdruck bringt – ich zitiere – «dass nur eine Umnutzung, respektive Schliessung ganzer Spitäler zu wesentlichen Einsparungen führt, weil dabei der ganze Fixkostenblock eines Betriebs wegfallen wird». In diesem Zusammenhang unterstütze ich die Aussage von Leo Baumgartner. Wir sprechen hier von einer zweiteiligen Schliessung des Spitals Grenchen. Man kann vielleicht sagen, dass in der regierungsrätlichen Vorlage der rote Faden fehlt. Wir können nicht wegdiskutieren, dass wir es uns nicht mehr leisten können – ich zitiere eine Aussage aus den entsprechenden Diskussionen im Kanton Bern – von Kirchenspitze zu Kirchenspitze ein Spital zu betreiben. Die verantwortlichen des Spitals Grenchen sagen zu Recht, es bestehe kein unmittelbarer Investitionsbedarf. Wenn wir uns der technischen Entwicklungen im Gesundheitswesen bewusst sind, müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass ein Spital die qualitativen Anforderungen kurz-, mittel- und langfristig ohne Investitionen nicht mehr erfüllen kann. Der Kanton Bern hat es vorgemacht. Ich habe mich erkundigt, was die Umnutzung, respektive die Schliessung mehrerer Spitäler bewirkt hat. Es sind keine Notsituationen entstanden. Der vorgesehene Sozialplan kam praktisch nicht zum Tragen, weil Gesundheitsfachleute ohnehin rar und damit sehr gesucht sind. Die Gebäude konnten allesamt einer neuen Zweckbestimmung zugeführt werden, und die Einsparungen beginnen zu greifen. Der Aufenthalt im Spital wird zunehmend kürzer. Es ist also absolut zumutbar, für diesen Aufenthalt eine örtliche Distanz in Kauf zu nehmen. Das Einsparungspo-

tenzial gemäss dem HFOCUS-Bericht von 1 Mio. Franken wurde mehrmals erwähnt. Ich bin der Meinung, dies lasse sich problemlos auf das Bürgerspital adaptieren. Auch wenn das Referendum mit grösster Wahrscheinlichkeit ergriffen wird, scheint es mir unsere Pflicht zu sein, nicht einfach populär sein zu wollen, sondern die von der Regierung eingenommene Führungsrolle klar zu unterstützen. Ich bitte Sie, auf das Geschäft einzutreten und dem Antrag der Regierung und der Sozial- und Gesundheitskommission zuzustimmen.

Jürg Liechti, FdP. Ich bin über das soeben gehörte Votum sehr froh. Wir haben in diesem Saal schon einiges erlebt, was regionalpolitische Debatten betrifft. Ich finde es doch traurig, wie der regionalpolitische Chauvinismus Urstände feiern kann und jede vernünftige Diskussion vereitelt. Es tut mir leid, das so sagen zu müssen, auch wenn 14'000 Leute das unterschreiben. Wir haben wenig Vernünftiges gehört. Aber eine Tatsache «cha ke Geiss wägschläcke». Wie Reiner Bernath gesagt hat, können wir uns längerfristig eine Gesundheitsversorgung für alle nur leisten, wenn sie bezahlbar bleibt. Bezahlbar bleibt sie, wenn wir vernünftige Grösseneinheiten schaffen. Dies bedeutet, dass wir pro 100'000 Personen ein Spital brauchen. An dieser Tatsache führt nichts vorbei. Wir können entweder durch Vernunft soweit kommen. Oder wir kommen unter Inkaufnahme von Folgekosten und Verzögerungen in einigen Jahrzehnten soweit.

Rolf Grütter, CVP. Weil uns die Präsidentin verboten hat, Fremdwörter zu benutzen, sage ich es jetzt auf Deutsch. Es kommt mir so vor, als hätte ich das, was wir heute diskutieren, schon einmal gesehen oder gehört. Offensichtlich sind wir in diesem Kanton an einem Punkt angelangt, dass sich spitalgeschädigte Regionen solidarisieren oder entsolidarisieren und wir der Lösung unserer Probleme im gesundheitspolitischen Bereich – wenn überhaupt – nur millimeterweise näher kommen. Ich äussere mich ausdrücklich als Einzelsprecher und nicht im Namen der Fraktion. Hinzu kommt, dass wir alle um den heissen Brei herumreden, weil – Gott sei gesegnet – dieses Jahr wieder einmal Wahlen sind. Wir müssten versuchen, aus dieser Situation einen Ausweg zu finden. Wenn es der Kantonsrat zusammen mit der Regierung nicht fertigbringt, eine für alle Seiten tragfähige Lösung zu erarbeiten, so ist es in einer direkten Demokratie letztlich am Volk, diese Frage zu entscheiden. Man kann das Volk nicht fragen, ob es das Spital in seiner Region schliessen will, weil dann alle weniger bezahlen müssen. Wenn man so fragt, sagen die Regionen immer nein. Man muss eine Fragestellung wählen, die alle davon überzeugt, dass dies ein Ausweg sein kann. Man könnte zum Beispiel das Volk fragen, ob es 35 bis 40 Prozent – wie es jetzt der Fall ist –, 30 bis 35 oder 20 bis 25 Prozent der Steuereinnahmen für die Spitäler ausgeben will. Mit der Antwort auf diese Frage müsste man gleichzeitig die Kompetenz dem operativen Chef, nämlich dem Regierungsrat übertragen. «Ihr erhält 25 Prozent; macht etwas daraus.» Das heisst nicht unbedingt, dass man alle kleinen Spitäler schliesst und die grossen bestehen lässt. Innerhalb der Spitäler könnten Leistungen öffentlich ausgeschrieben und Angebote eingeholt werden. So könnte man verschiedenen Einwänden, die heute gemacht wurden, den Wind aus den Segeln nehmen.

Der Vorteil einer solchen Befragung ist – auch wenn einige nun sagen, das sei nicht realistisch –, dass auf einen Schlag die Gesamtmeinung aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und Stimmberechtigten in diesem Kanton zu dieser Frage zum Ausdruck kommt. Das ist bisher noch geschehen. Noch nie konnten sich diejenigen, die alles bezahlen, auch dazu äussern. Ich bin überzeugt, dass es immer noch viele Einwohnerinnen und Einwohner in unserem Kanton gibt, die nicht wissen, dass wir 35 Prozent all unser Steuereinnahmen für das Gesundheitswesen ausgeben. Wenn man diese Frage stellen will, braucht das Mut. Wir müssen heute und morgen nicht darüber diskutieren, ob Grenchen mit oder ohne, mit Erweiterung oder teurer oder billiger. Diese Diskussion haben wir, so glaube ich, hinter uns. Wir sind auf der Suche nach neuen Lösungen. Ich kann nicht beurteilen – und ich masse mir das auch nicht an –, wer wo die beste Leistung erbringt. Ich kann aber als Steuerzahler beurteilen, wieviel ich insgesamt bezahlen will. Und das sollte man das Volk einmal fragen.

Stefan Ruchti, FdP. Haben Sie keine Angst, ich spreche nicht aus finanzieller, sachlicher, inhaltlicher, emotionaler oder regionalpolitischer Optik. Mir geht es um das staatspolitisch fragwürdige Vorgehen der Regierung gegenüber dem Parlament und der Bevölkerung. Ich bin daher gleicher Meinung wie Hans Rudolf Lutz, dass wir als Kantonsrat und Aufsichtsorgane der Exekutive heute klar und unmissverständlich deklarieren müssen, dass wir die Art und Weise des regierungsrätlichen Vorgehens, respektive das teilweise persönliche Zurechtbiegen von staatspolitischen Grundsätzen oder sogar das Überschreiten von demokratischen Kompetenzen nicht dulden wollen, können und dürfen. Es ist nun an der Legislative zu sagen, dass wir auf Geschäfte wie das vorliegende gar nicht eintreten wollen. Wenn wir eintreten, beschliessen wir nämlich, dass künftige Ratsgeschäfte auf die gleiche Art und Weise präsentiert werden könnten. In diesem Sinne möchte ich sagen: «Wehret den Anfängen». Zücken wir bereits beim Eintreten

die orange Abstimmungskarte als Zeichen dafür, dass wir auf derartige versteckte Fouls im staatspolitischen Prozess nicht eintreten wollen.

Hans Walder, FdP. Als Mitglied der Finanzkommission ist es mir ein Anliegen, Ihnen zu sagen, was unsere Kommission beschlossen hat. Wir haben mit acht gegen eine Stimme dem regierungsrätlichen Vorhaben zugestimmt. Warum stimmt die Finanzkommission der Vorlage zu? Nicht nur aus Spargründen, sondern aus Gründen der strukturellen Veränderungen, die mit diesem Geschäft eingeleitet werden. Ich habe mit meiner Äusserung bewusst gewartet, weil ich die Meinung ausloten wollte. Es zeigt sich klar, dass man zwar übers Ganze gesehen für die SO⁺-Massnahmen ist. Sollte jedoch ein Mosaiksteinchen entfernt werden, ist man nicht mehr dafür. Für die Zukunft glaube ich nicht daran, dass der von der FdP eingereichte Auftrag nach einer Prüfung des Spitals eine Chance hat. Wir müssen nun einfach das erste Mosaiksteinchen beschliessen, damit wir dann weitermachen und darauf aufbauen können. Es ist mir bewusst, dass ich wie alle, die für diese Vorlage sind, ein einsamer Rufer in der Wüste bin, wie das Kurt Friedli treffend bezeichnet hat. Trotzdem bin ich der Meinung, das Vorgehen sei richtig. Über die Art und Weise des Vorgehens kann man vielleicht noch gewisse Diskussionen führen. Sollte das Geschäft nicht überweisen werden, so ist der beste Kompromiss die gesamtheitliche Prüfung. Nach der heute geführten Diskussion bin ich der Meinung, auch das werde Schiffbruch erleiden.

Esther Bosshart, SVP. Ich muss Kantonsrat Friedli eine Antwort geben. Er hat gesagt, wir hätten in unserem Kanton zu viele Spitäler. Wir sollen jetzt ein Mosaiksteinchen nehmen und etwas verändern. Ein Mosaiksteinchen führt aber bei einem kleinen Spital zum Ruin. Wenn wir etwas verändern wollen, so soll doch der Regierungsrat gefälligst den Mut haben – gopfriedstutz –, vor das Volk zu stehen und zu sagen, dass wir zu viele Spitäler haben und zwei, drei oder vier Spitäler schliessen. Das wäre ein Entscheid.

Helen Gianola, FdP. Auch als Person aus einer so genannt geschädigten Region erlaube ich mir, das Wort zu ergreifen. Ich will mich nicht dazu äussern, ob es gut sei, dass die Klinik geschlossen wird. Ich möchte die Sache ganzheitlich betrachten. Die Schliessung der Geburtsklinik in Grenchen löst unsere Probleme nicht. Damit haben wir überhaupt kein Problem in Sachen Spital Grenchen gelöst. Dessen müssen wir uns bewusst werden. In dieser Hinsicht muss man auch ehrlich genug sein. Ausgelöst wird jedoch – das zeigen die eingegangenen 14'000 Unterschriften – eine Verunsicherung im Volk. Die Leute empfinden die Schliessung einer Klinik als Schliessung auf Raten. Die Weichen wurden seitens der Regierung und des Spitalamts mit der Abwerbung von Frau Maurer und des Personals bereits gestellt. Das ändert sich nicht, auch wenn wir heute nicht auf das Geschäft eintreten, es zurückweisen oder die Schliessung der Klinik beschliessen.

Klinikschliessungen werden uns noch weiterhin beschäftigen. Der Fall Grenchen zeigt uns, dass dieser Weg nicht der richtige ist. Wir sind in diesem Saal dermassen zerstritten, dass wir uns in einer Patt-Situation befinden. Es muss festgestellt werden, dass man Inskünftig so nicht politisieren kann. Ich bin daher klar der Meinung, dass es gescheiter ist, eine Gesamtschau zu halten. In diesem Sinne sind wir auch in Breitenbach aktiv. Man muss den Mut aufbringen, mit der Region zusammen zu sagen, dass man die Situation verändern will. Sei es, dass man einen guten Grund hat, ein Spital zu erhalten. Man kann aber auch einen guten Grund haben, ein Spital zu schliessen oder umzunutzen. In diesem Sinne müssten wir mit Umdenken beginnen. Wir müssten den Mut zu grösseren Schritten aufbringen. Man sollte nicht nur an einzelnen kleinen Mosaiksteinchen herumschrauben. Denn das bringt uns keinen Schritt weiter. Und wenn wir die Klinik schliessen würden, soll mir jemand sagen, wie es nachher mit dem Spital Grenchen weitergehen soll. Wird es kostengünstiger? Haben wir das Problem gelöst? Haben wir unsere Gesundheitskosten dann im Griff? Wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen, dass wir sie trotzdem nicht im Griff haben. Denn wir wissen alle genau, dass wir im Grunde genommen zu viele Spitäler im Kanton haben. Wir müssen an der Gesamtsituation etwas ändern. Ich mache Ihnen daher beliebt, auf den Antrag der FdP einzutreten. Behalten wir die Gesamtschau und weisen wir das Geschäft heute zurück.

Peter Meier, FdP. Die SVP wirft der Regierung in Bezug auf die Schliessung von zwei Spitälern Mutlosigkeit vor. Ich weiss, dass Rolf Ritschard euch zwei Spitäler vorschlagen könnte. Wenn ihr todesmutig seid, fügt ihr noch ein drittes hinzu. Dann werdet ihr aber das nicht erreichen, was ihr wollt, nämlich bei den Wahlen mehr Stimmen machen.

Zum Antrag auf Nichteintreten. Wenn wir auf etwas nicht eintreten, dann wollen wir nichts davon wissen, und dann ist es weg vom Fenster. Das verstehe ich unter Nichteintreten. Wenn wir auf ein Geschäft eintreten und es zurückweisen, dann sagen wir damit, dass wir das Geschäft nicht weg vom Fenster haben wollen, sondern andere Varianten prüfen wollen. Möglicherweise kommt das Geschäft zu einem späteren Zeitpunkt wieder. Und diesbezüglich wollen wir transparent sein. Wenn wir jetzt eintreten und

zurückweisen, ist nicht ausgeschlossen, dass eine gleiche oder ähnliche Vorlage, vielleicht auch eine ganz andere wieder kommt. Das ist der Unterschied. Daher ersuchen wir um Eintreten und Rückweisung.

Urs Wirth, SP. Zum Votum von Herrn Walder möchte ich sagen, dass es mich Wunder nimmt, wie lange es geht, bis die Finanzkommission merkt, dass Mehrkosten keine Sparmassnahmen sind. Die Spitalregionalisierung soll Spitalregionalisierung bleiben. Bis jetzt tönte es immer nach einer Spitalzentralisierung. Das ist kein guter Weg. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir als Kantonsrätinnen und Kantonsräte gewählt wurden, die selbstverständlich auf die Finanzen, aber auch auf die Menschen achten müssen. Wir haben Menschen in diesem Kanton, die in einer Region leben und in ihr verankert sind. Schlussendlich steckt in dieser Vorlage die Frage, wieviel wir in Geschirr investieren wollen, welches wir dann gleich wieder «verchachle». Ich bitte Sie, nicht auf diese Vorlage einzutreten.

Reiner Bernath, SP. Helen Schneider hat von einer Patt-Situation gesprochen. Ich möchte noch einmal an Sie appellieren. In einer Patt-Situation ist es nicht gut, wenn man politisch taktiert. Man sollte sich an die Fakten halten. Ich möchte zwei Fakten berichten. Zu den medizinischen Fakten. Man hat behauptet, aufgrund der Zahlen stehe Solothurn schlechter da als Grenchen. Aus medizinischer Sicht sind die Zahlen viel zu klein, um einen Vergleich zu ermöglichen. Es gibt ein so genanntes Cluster-Phänomen, das sind zufällige Häufungen. Solche könnte es geradeso gut in Grenchen geben. Es handelt sich um einen Zufall. Für Studien sind grosse Zahlen notwendig. Es gibt eine schöne Studie aus Deutschland mit grossen Zahlen. Alle deutschen Gebärdabteilungen wurden verglichen. Es wurde unterschieden zwischen Abteilungen mit mehr oder weniger als 500 Geburten im Jahr. Diejenigen mit weniger als 500 Geburten zeigen aufgrund der fehlenden Routine schlechtere Ergebnisse. Solothurn und Grenchen zusammen hätten mehr als 500 Geburten. Das wäre medizinisch gesehen besser.

Zum ökonomischen Aspekt. Anstelle von bisher zwei wird es eine Gebärdsaalequipe geben. Unter dem Strich kostet dies einfach weniger. Es werden mindestens fünf Stellen eingespart. Welches ist der heutige Stand? Drei Hebammen von Grenchen gehen weg aus dem Kanton Solothurn. Eine Stelle im Bürgerspital Solothurn war lange Zeit nicht besetzt. Das heisst, vier Hebammen können bereits eliminiert (*Heiterkeit*) ... ich wollte nicht sagen «gestrichen werden» – es ist schwierig zu formulieren. Vier Hebammen müssen also in die Rechnung gar nicht einbezogen werden. Es gibt in den nächsten fünf Monaten einen Überhang von dreieinhalb Stellen. Dieser wird sich gegenüber heute infolge von Schwangerschaften usw. innerhalb von fünf Monaten wieder auf dem Stand von minus fünf Stellen stabilisieren. Das heisst, es werden auf lange Sicht 500'000 Franken pro Jahr wiederkehrend eingespart.

Urs Hasler, FdP. Das Votum von Urs Wirth hat mich nun doch noch herausgefordert. Es kommt immer darauf an, wie weit hinaus der Blick reicht. Wenn die Idee der verfolgten Projekte an der Grenze eines Wahljahrs wieder aufgegeben wird, dann bin ich mit ihm einverstanden. Sparen kostet eben manchmal auch Geld. Sparen kostet insbesondere dann Geld, wenn es darum geht, Strukturen zu verändern und in einen Zustand zu überführen, der langfristig Bestand hat, wettbewerbsfähig ist und interessant bleibt. Genau darum geht es hier. Offensichtlich wird man in diesem Rat langsam aber sicher skeptisch, wenn man hinter den Anträgen der Regierung steht. Dann ist es wohl langsam Zeit, den Rat zu verlassen – oder man gehört selbst in die Regierung (*Heiterkeit*). Ich stehe zu den Anträgen, weil sie für mich auf lange Sicht Sinn machen und absolut nachvollziehbar sind. Wir sind wieder einmal im tiefsten regionalpolitischen emotionalen Sumpf. Ich will nicht auf alles antworten, was mich zwischendurch beinahe «ab em Bänkli glüpfet het». Ich möchte aber darum bitten, bei den Fakten zu bleiben. Wenn man das rein aus der Sicht von Grenchen und seines Spitals betrachtet, mag das stimmen. Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch noch übergeordnete Sichtweisen. Niemand kann das besser bestätigen als ich, der ich in einem Konzern arbeite. Ich habe auch manchmal den Eindruck, ich würde bei mir unten alles bestens machen. Aus meiner Sicht ist alles hoch rentabel und gescheit, was ich mache. Und dann kommen andere und sagen, dass es eben vom ganzen her keinen Sinn macht. Es gibt noch zwei, drei Ebenen oberhalb, die das beurteilen. Das ist sehr schwierig in einem Kanton mit 250'000 Spitalexpertinnen und -experten. Rolf Grütter, es wäre wahrscheinlich auch einmal an der Zeit, dass die Politikerinnen und Politiker in den Regionen vor die Leute hinstehen und sagen, was noch erwartet werden kann und nicht fragen, was sie noch gerne hätten. Dann wären wir wahrscheinlich schon längst auf einem besseren Weg. Ich meine, das wäre unsere Aufgabe. Denn nirgends ist der Informationsstand so gross wie bei uns. Ich stelle immer wieder fest, dass man in endlose Diskussion gerät, wenn man fragt, was die Leute gerne hätten. Wer den Rat verlässt, merkt, dass er schnell weg vom Fenster ist, weil er nicht mehr so nahe an den Informationen ist. Das wäre auch unsere Aufgabe, und das erwarte ich. Ich war noch nie so einverstanden mit einem Votum von Reiner Bernath wie mit seinem Eintretensvotum – nicht seinem letzten. Vielleicht ist das auch schon gefährlich für mich, das hier zu sagen. Mittel- und langfristig macht das Projekt Sinn. Wir

schaffen ein Kompetenzzentrum mit entsprechender Qualität und Attraktivität. Wenn Sie das Ganze von der Marketing-Seite her betrachten, macht eine Konzentration durchaus Sinn. Ich bin froh, dass die Regierung handelt. Meine Damen und Herren, wenn die Regierung in den letzten Jahren nicht gehandelt hätte und gewisse Schritte eingeleitet hätte, bei welchen wir zögerlich vorgegangen sind und – das ist auch so eine Politikerantwort – die Sache nochmals und nochmals geprüft haben, wären wir heute nicht dort, wo wir in der Sanierung der Staatsfinanzen und in der Verbesserung der Strukturen unseres Kantons stehen. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag der Regierung zuzustimmen und mutig vorwärts zu gehen, aber auch mutig hinzustehen vor diejenigen, die diesen Entscheid kritisieren und finden, man hätte dieses oder jenes noch schlauer machen können. Die Zukunft wird es weisen. Wahrscheinlich wird unser Entscheid – wie immer er auch ausfällt – falsch sein.

Beatrice Heim, SP. Lieber Urs, ich muss dazu etwas sagen. Politisches Geschirr zerschlagen kostet eben auch etwas. Wenn man es unnötig zerschlägt, ist es wirklich sehr schade um das Geld. Wenn man weiter denkt, müsste man jetzt Folgendes sagen. Man müsste eigentlich nicht eintreten; ein klarer Entscheid wäre auf den Tisch zu legen. In Sachen Verunsicherung der Region und des Personals müsste ein Schlusspunkt gesetzt werden. Der Weg für die Regionalisierung müsste freigemacht werden. Und zwar für gute Lösungen in der Regionalisierung, bei welchen alles geprüft wird. Ich erinnere an das Votum von Herrn Stebler im «Solothurner Tagblatt», wonach nicht nur die Gynäkologie zur Debatte stehe, sondern auch noch andere Kliniken. Dies ist eine unglaubliche Verunsicherung, die darauf hinausläuft, dass die Leute kündigen, weil es ihnen verleidet ist, nach einem Jahr noch nicht zu wissen, wie es weiter läuft.

Wir müssen jetzt ganz klar sagen: Nein, wir wollen keine Schliessung der Frauenklinik. Wir bleiben bei unserem Auftrag zur Regionalisierung; dieser soll vorangetrieben werden. In diesem Bereich erwarten wir gute Lösungen. Aus diesem Grund trete ich nicht auf die Vorlage ein. Ich will unter diese Verunsicherung im Raum Grenchen und beim Personal endlich einen Schlussstrich setzen.

Ruedi Lehmann, SP. Mein Entscheid, dazu etwas zu sagen, ist erst einige Minuten alt. Urs Hasler hat mich eben auch herausgefordert. Er hat gesagt, er arbeite in einem Konzern. Ich hoffe, das sei ein Konzern, der besser geschäftet als andere grosse Konzerne, die in letzter Zeit Publizität erlangt haben. Ich arbeite nicht in einem grossen Konzern, sondern in einem KMU und betrachte das Ganze aus dieser Sicht. Es ist vielleicht für einige Leute gewagt, Konzerne und KMU mit Grossspitälern und Kleinspitälern zu vergleichen. Es sind jedoch Parallelen vorhanden. Ich bin auch für die Regionalisierung. Aber was heisst Regionalisierung? Ich kann es Ihnen auch nicht genau sagen. Für mich ist im Moment nicht so klar, was in diesem Beispiel Regionalisierung bedeutet. Ich habe mich noch nicht entschieden und bin für Rückweisung. Das ist keine Verzögerungstaktik. Einiges Neues ist hinzugekommen, das genau geprüft werden muss. Und zwar nicht in alle Ewigkeit, sondern möglichst rasch. Ich bin der Meinung, ein kleines Spital könne auch Qualität haben. Hightech ist nicht notwendig, aber das kann auch das Bürgerspital nicht anbieten. Seit über 25 Jahren bin ich Gönner der REGA; wenn es etwas kompliziert wird, fliegt man sowieso nach Bern oder nach Basel.

Manfred Baumann, SP. Ich fasse mich kurz, keine Angst. Ich danke Urs Hasler für sein Votum. Ich bin im Grundsatz damit einverstanden, wenn auch nicht in Sachen des weiteren Verlaufs des Geschäfts. Ich bin nicht bereit auf Vergleiche einzugehen, die gemacht wurden. Diese sind zum Teil auf einem dermassen erbärmlichen Niveau, dass es keiner Fortführung bedarf. Zum Schluss noch dies. Wir erteilen der Regierung an irgendwelchen runden Tischen Aufträge. Die Regierung setzt diese Aufträge dann um, und zwar in der Art und Weise, wie sie das tun sollte. Mit entsprechenden Anträgen kommt sie ins Parlament. Und dann übernehmen wir die Verantwortung nicht. Dieses Spiel kenne ich nun seit mittlerweile sechs Jahren in diesem Parlament. So geht es tatsächlich nicht mehr. Ich bin für Eintreten und werde die Vorlage dann zurückweisen und unsere Aufträge überweisen. Eintreten müssen wir aber auf jeden Fall.

Rolf Ritschard, Vorsteher des Departementes des Innern. Ich beginne mit einem Blick zurück. Wenn der grosse Kantonsrat und das Volk allen Anträgen des Regierungsrats seit Vorliegen des gesundheitspolitischen Konzepts zugestimmt hätten, dann wären zwischen 50 und 100 Mio. Franken weniger ausgegeben worden. Wahrscheinlich liegt die Zahl näher bei 100 Millionen. Wir hätten 100 Mio. Franken weniger Schulen und wären näher am Ausgleich der Laufenden Rechnung. 100 Mio. Franken machen knapp 10 Prozent unserer Gesamtschulden aus. Das möchte ich vor allem Frau Bossart sagen. Es gibt Leute, die sagen, nehmt doch nicht so kleine Schlückchen, nehmt lieber grosse. Ich hoffe inbrünstig, dass man sich daran verschluckt. Wenn man die Anträge der Regierung allesamt umgesetzt hätte, wäre die Spitalversorgung unserer Bevölkerung nach wie vor zu 100 Prozent gesichert. Wahrscheinlich wäre sie sogar besser gesichert, denn wir hätten die kostbaren Investitionsfranken auf weniger Betriebe konzentrieren

können. Wir hätten dann mehr von jedem Investitionsfranken. Die von der Regierung früher gestellten Anträge wollten die Spitalstruktur grundlegend verändern. Zwar nicht im Schnellzugtempo, aber im Bummelzugtempo. Nachdem wir Probleme hatten, in diesem Bummelzugtempo vorwärts zu gehen, haben wir uns damit begnügt, Optimierungen der heutigen Struktur vorzunehmen und damit zum Schneckentempo überzugehen. Solche Tempowechsel haben selbstverständlich eine massive Reduktion des Sparpotenzials zur Folge.

Es wurde mehrmals von Regionalisierung gesprochen. Denjenigen, die nicht wissen, was Regionalisierung ist, möchte ich es sagen. Regionalisierung heisst nichts anderes als Arbeitsteilung in der Spitalversorgung. Die entscheidende Arbeitsteilung ist die zwischen Akut- und Langzeitpflege, respektive Nachsorge. Weltweit zeigen alle Studien, dass die Einsparungsmöglichkeiten am grössten sind, wenn man die Akut- und die Langzeitpflege an unterschiedlichen Standorten konzentriert. Das ist ein Faktum, welches man zur Kenntnis nehmen muss. Das kann man auch nicht ändern, wenn man das Maul weit aufreiss. Man kann natürlich auch sagen, man wolle es lieber gar nicht wissen, weil es so unangenehm ist. Je weiter wir von dieser Arbeitsteilung wegkommen, umso weniger können wir sparen. Das hat sich überall gezeigt. Eine solche Arbeitsteilung verbessert selbstverständlich auch die Qualität.

Ein weiteres Phänomen, nämlich die Lernkurve, ist weltweit bestätigt. Wer etwas zum ersten Mal im Leben gemacht hat und davon ausgeht, er könne es wahrscheinlich etwas besser, wenn er es zehnmal gemacht haben wird, weiss schon, was die Lernkurve ist. Einige in diesem Saal haben heute Morgen behauptet, diese Lernkurve gebe es nicht. Sie haben es nicht mit diesen Worten gesagt, aber ich wollte es ihnen mit diesen Worten erklären. Es sind diejenigen, die sagen, wenn man die Fälle an einem Ort konzentriert, werde die Qualität nicht besser. Diese Leute verleugnen die Existenz der Lernkurve. Es handelt sich nicht um ein physikalisches Gesetz, aber Hans-Rudolf Lutz wird zugeben, dass die Lernkurve auch weltweit recht gut bestätigt ist. Es würde mich wundern, wenn sie im Kanton Solothurn nicht gelten würde (*Heiterkeit*). Vor allem von denjenigen, welche sie nicht wahrhaben wollen, hätte ich erwartet, dass sie, wenn auch nicht gerade einen Beweis, so doch zumindest ein Argument auf den Tisch legen, warum sie im Kanton Solothurn nicht gelten sollte. Spitalpolitisch ist es klar, dass die Aufgabenteilung die Regionalisierung ausmacht. Wenn wir die zur Diskussion stehenden Sparpotenziale fruchtbar machen wollen, müssen wir zu dieser Arbeitsteilung übergehen. Langfristig – und es ist mir ein kleiner Trost, dass ich so oder so Recht erhalten werde; die Frage ist nur, wie lange Sie warten, bis Sie es merken – zeigt sich leider, dass der Kanton Solothurn keine Insel ist. Wir können uns vor schweizerischen und internationalen Entwicklungen nicht abkapseln. Wir können uns schon abkoppeln, aber dafür bezahlen wir. Wir bezahlen es, wenn wir meinen, wir könnten gegen solche Entwicklungen kämpfen.

Man muss klar sehen, dass wir andere Varianten prüfen können. Wenn wir die erwähnte Arbeitsteilung nicht sauber vornehmen, werden wir immer weniger Geld sparen können, als möglich wäre. Auch warten und Nichtstun kostet Geld. Die Bevölkerung sagt implizit ja dazu, 35 Prozent der Steuergelder für das Gesundheitswesen auszugeben. Dies ist jedoch unausgesprochen, weil es nur wenigen Leuten bekannt ist. Wir geben mehr Geld aus, als für eine effiziente Spitalstruktur effektiv notwendig wäre. Niemand soll glauben, dass diese Spitalstruktur ihren Preis wert ist. Ich bin vom Gegenteil überzeugt. Wir könnten Alternativen haben, die besser sind und günstiger wären.

In der Schweiz wird es in den nächsten Jahren weniger Spitäler geben. Dies gilt auch für den Kanton Solothurn. Mit weniger Spitälern meine ich weniger Akutspitäler. Vor allem die kleineren öffentlichen Spitäler werden es schwer haben, weil das Geld nicht für die Ausrüstung aller Spitäler reicht. Patientinnen und Patienten, welche ins Spital kommen, wollen es nicht klein und einfach haben. Wer ins Spital kommt, ist ernsthaft krank und will nach bestem Wissen mit der besten Ausrüstung behandelt werden. Sonst sollen diejenigen, die mit einer anderen Vorstellung ins Spital gehen, nun aufstehen. – Niemand steht auf, sehen Sie. Wenn wir ins Spital gehen, wollen wir doch mit Recht bestens behandelt werden. Das ist auch klar, weil wir schwer krank sind. Wer nicht schwer krank ist, muss in der Regel nicht ins Spital gehen. Aus diesem Grund muss eben auch die kleinste Einheit ein Niveau haben wie die grössere Einheit nebenan. Eine Ausnahme bilden die Universitätsspitäler; dort ist das anders. Eine Konzentration ist unausweichlich, weil es an Geld mangelt, weil der verlangte Komfort nicht an allen Orten gewährleistet werden kann und weil das Fachpersonal nicht gleichzeitig an sieben Orten sein kann. Davon bin ich absolut überzeugt. Wir von der Regierung sind nicht darüber erstaunt, dass auch die moderaten Vorschläge, die wir nun machen, auf massive regionale Opposition stossen. Es ist ein Faktum, dass die Regionen ihre Spitäler lieben. Das ist legitim und legal und für uns absolut verständlich.

Die Befürchtung des Regierungsrats war die, dass ein Nichteintreten oder eine Ablehnung des Antrags des Regierungsrats Auswirkungen auf die Haltung im Schwarzbubenland haben könnte. Konkret geht es um die Haltung im Thierstein zum Spital Breitenbach. Dort werden heute sehr vielversprechende Varianten geprüft. Es sind Varianten, welche die erwähnte Arbeitsteilung prüfen. Im Schwarzbubenland würde man dann sagen: Was glaubt ihr eigentlich? Wir wandeln ein Akutspital um in ein Geriatriezentrum.

trum und ihr im Aaretal seid nicht einmal bereit, eine Frauenklinik an einem Ort zu konzentrieren! Das ist etwas, was die Regierung massiv befürchtet. Ich hoffe, dass man im Schwarzbubenland weiterhin bereit ist, die Akutbehandlung an einem Standort zu konzentrieren. Das ist spitalpolitisch gesehen die einzige Lösung.

Meine Damen und Herren, ich stelle in der Spitaldiskussion immer wieder fest, dass es Leute gibt, die versuchen, ein und denselben Franken mehrmals auszugeben. Einerseits für die Bildung, und anschliessend für die Sozialpolitik, am liebsten auch noch für die Gesundheitspolitik, die Regionalpolitik und am Schluss auch noch für die Spitalpolitik. Auch dieser Versuch ist ja an und für sich verdienstvoll. Aber auch dies wurde schon weltweit versucht, und es ist noch nirgendwo gelungen! Ich habe keinen Beleg gefunden, welcher mit gezeigt hätte, wie diejenigen, die das wollen, es im Kanton Solothurn umsetzen wollen. Jeder Franken, den der Kanton ausgibt, muss zuerst verdient werden, und zwar ausserhalb des Kantons. Dann müssen wir ihn einsammeln – ich sage es anständig – und erst dann können wir ihn wieder ausgeben. Nach wie vor ist es so – und das möchte ich denjenigen sagen, die ab und zu Grimms Märchen lesen –, dass wir im Rathaus keinen Esel Bricklebrit. Wir haben keinen «Gäutschisser» – es ist einfach so. Das Geld, welches ausgegeben werden kann, muss zuerst eingezogen werden, und das ist ein sehr mühsamer Prozess.

Ich möchte noch etwas zu den Aufträgen sagen. Wir können die Antworten, obschon sie materiell beschlossen sind, erst morgen bekannt geben, respektive austeilen. Wir lehnen die Volksmotion ab. Die Gründe dafür wurden heute auch genannt. Wir lehnen alle Aufträge ab. Die Regierung bleibt in Treue fest bei ihrer klaren Haltung. Allerdings halte ich den Auftrag der FdP für den interessantesten – zuerst hatte ich mir «für den vernünftigsten» notiert. Ich möchte aber das Etikett «vernünftig» lieber für die Regierung verwenden als für die FdP (*Heiterkeit*). Sicher ist zuzugeben, dass er unter Umständen einen Ausweg aus der schwierigen Situation erlaubt – das ist immer verdienstvoll. Gleichzeitig verlangt er eine ganzheitliche Prüfung.

Zum Schluss möchte ich auf die Detailkritik eingehen – ich kann nicht auf alles eingehen. Wir haben zu beschliessen, was in Grenchen in Zukunft geschehen soll. Hat Grenchen in Zukunft noch einen Auftrag für eine Frauenklinik – ja oder nein? Diese Frage unterbreitet Ihnen der Regierungsrat. In dieser Sache müssen Sie entscheiden. Was geschieht im Bürgerspital Solothurn? Das steht nicht zur Diskussion. Hier hat die Regierung unter Anwendung ihrer Kompetenzen Entscheidungen getroffen. Frau Maurer hat sich in Solothurn gemeldet – sie ist eine mündige Person. Die anderen Leute, die sich auf die Stellen in Solothurn ebenfalls gemeldet haben, werden diese am 1. April antreten. Das sind Fakten. Die Infrastruktur musste angepasst werden, damit dies dort möglich ist. Hier steht die Zukunft der Frauenklinik Grenchen zur Diskussion und sonst nichts. Mich erstaunen immer wieder die Prognosefähigkeiten von einigen Leuten. Es wurde gesagt, sehr wenige Frauen würden in die Frauenklinik Solothurn gehen. Ich spreche ja gerne und viel mit Frauen. In der Vergangenheit habe fast jede Frau gefragt – Frau Bossart zwar nicht, aber sie kann mir ihre Antwort noch mitteilen –, wie sie ihre Frauenärztin wählt. Ich habe festgestellt, dass jede Frau ihre Frauenärztin oder ihren Frauenarzt nach der Person und nicht nach dem Standort wählt. (*Zwischenruf Esther Bossart: Ich habe einen Mann.*) Sie haben einen Mann, das ist auch anständig, das finde ich nicht schlecht (*Heiterkeit*) – ich nehme an, Sie haben einen Frauenarzt. Und ich nehme an, Sie haben ihn auch gewählt, weil Sie den Eindruck haben, bei diesem Arzt würden Sie gut behandelt, gut umsorgt und gut besorgt. Ich glaube nicht, dass die Frauen nach einem bestimmten Standort entscheiden. Die Regierung ging bei ihrer Prognose von dieser Werthaltung der Frauen aus.

Es wurde gesagt, man solle nicht zusammenlegen, weil man das Angebot, welches man bei einer Konzentration anbieten kann, auch sonst schaffen könne. Das stimmt eben gerade nicht. Der Kanton Solothurn hat eine der höchsten Exportquoten bei den Patientinnen und Patienten. Ein grosser Anteil der Patientinnen und Patienten muss ausserhalb des Kantons behandelt werden. Dafür geben wir rund 35 Mio. Franken aus. Fast kein anderer Kanton hat bevölkerungsmässig eine so hohe Exportquote wie wir. Wir sollten uns so konzentrieren, dass wir einen Teil dieser Patientinnen und Patienten – dort wo es betriebswirtschaftlich interessant ist – im Kanton versorgen können. Ich bitte Sie, auf das Geschäft einzutreten und im Sinne der Anträge der Finanzkommission und der Sozial- und Gesundheitskommission – es ist etwas untergegangen, dass der geballte Sachverstand für die Variante der Regierung spricht – zu entscheiden.

Edith Hänggi, CVP, Präsidentin. Der Landammann ist Frau Bossart noch eine Antwort betreffend Pensionskasse schuldig.

Christian Wanner, Vorsteher des Finanzdepartementes. Wenn ein Spital in seiner Gesamtheit geschlossen würde, müsste der Kanton als Betreiber für die Deckungslücke in der Pensionskasse geradestehen. Bei einer allfälligen Teilschliessung müsste man schauen, wohin die Leute gehen. Es müsste abgeklärt

werden, ob es sich im pensionskassenrelevanten Sinn überhaupt um eine Teilschliessung eines Betriebs handelt. Diese Frage kann ich zur Zeit nicht definitiv beantworten.

Esther Bossart, SVP. Heisst das, dass ich noch eine Antwort erhalte?

Edith Hänggi, CVP, Präsidentin. Das trifft zu. Wir stimmen nun über den Antrag der SVP auf Nichteintreten ab.

Abstimmung

Für den Antrag Fraktion SVP (Nichteintreten)

Für Eintreten

Minderheit

Grosse Mehrheit

Edith Hänggi, CVP, Präsidentin. Damit sind Sie auf das Geschäft eingetreten. Über die Rückweisung stimmen wir morgen nach der Behandlung der dringlichen Aufträge ab. Ich danke Ihnen für die gute Disziplin, die heute in diesem Saal geherrscht hat und wünsche Ihnen einen guten Appetit.

Schluss der Sitzung um 12.40 Uhr.